Nr. 627. 45. Jahrgang — Abend-Ausgabe — Donnerstag, 7. Dezember 1916

Berliner Tageblatt
und Handels-Zeitung

Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin. Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Rückzug der Rumänen auf der ganzen Front.

Gestern auf dem rumänischen Kriegsschauplatz 106 Offiziere, 9100 Mann durch die neunte Armee gefangen. — Einnahme der Höhe 304 auf dem Westufer der Maas.

Amtlich. Großes Hauptquartier, 7. Dezember.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz.

Auf dem Westufer der Maas brachen nach Feuervorbereitung Abteilungen des Westfälischen Infanterie-Regiments Nr. 15 an der aus den Sommerkämpfen bekannten Höhe 304 südöstlich von Malancourt in die französischen Gräben ein und nahmen die Kuppe der Höhe in Besitz. 5 Offiziere, 190 Mann wurden gefangen zurückgeführt.

Von einem Vorstoß in die feindlichen Linien am „Toten Mann" brachten Stoßtrupps 11 Gefangene ein.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Westlich von Luck drangen an der Luga deutsche und österreich-ungarische Abteilungen in eine russische Feldwachstellung. Die Besatzung von 40 Mann wurde gefangen. Nachts wurde die Stellung gegen fünf Angriffe gehalten.

Auch westlich von Zaloszce und Tarnopol konnten unsere Patrouillen 90 bzw. 20 Gefangene aus genommenen Teilen der russischen Linien bei Rückkehr abgeben.

Front des Generaloberst Erzherzog Joseph.

In den Waldkarpathen und Grenzbergen der Moldau zeitweilig anschwellendes Artilleriefeuer und Vorfeldgeplänkel, aus denen sich nördlich von Dorna Watra und im Trotusul-Tal russische Angriffe entwickelten, die abgewiesen worden sind.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls v. Mackensen.

Wuchtige Erfolge krönten gestern die Mühen und Kämpfe, in denen unter Generalfeldmarschall v. Mackensen die Truppen der zielbewußt geführten neunten und Donau-Armee den rumänischen Gegner und die herangeholten russischen Verstärkungen in schnellen Schlägen zu Boden geworfen haben.

Führer und Truppen erhielten den Siegerlohn.

Bukarest, die Hauptstadt des zurzeit letzten Opfers der Ententepolitik, Ploesti, Campina und Sinaia in unserem Besitz, der geschlagene Feind auf der ganzen Front ostwärts im Rückzuge!

Kampfesmut und zäher Siegeswille ließ die vorwärtsstürmende Truppe die immer von neuem geforderten Anstrengungen überwinden.

Neben den deutschen Hauptkräften haben die tapferen österreich-ungarischen, bulgarischen und osmanischen Truppen Glänzendes geleistet.

Die 9. Armee meldet von gestern 106 Offiziere, 9100 Mann gefangen!

Die Operationen und Kämpfe gehen weiter.

Mazedonische Front.

Bei Trnava, östlich der Cerna, warfen das bewährte masurische Infanterieregiment Nr. 146 und bulgarische Kompagnien die Serben aus der Stellung, in der sich diese vorgestern eingenistet hatten. 6 Offiziere und 50 Mann wurden gefangen genommen.

In der Struma-Niederung flüteten im bulgarischen Abwehrfeuer englische Abteilungen zurück, die sich den Stellungen südwestlich und südöstlich von Seres zu nähern versuchten.

Der Erste Generalquartiermeister.
Ludendorff. (W. T. B.)

Mackensens Einzug in die Stadt Bukarest.

Die Einnahme von Bukarest.

Amtlich. Berlin, 7. Dezember.

Ueber die Einnahme von Bukarest wird gemeldet: Am 5. Dezember, 10 Uhr 30 Min. vormittags, wurde Hauptmann im Generalstab Lange als Parlamentär mit einem Schreiben des Generalfeldmarschalls v. Mackensen, das die Uebergabe der Festung forderte, an den Kommandanten von Bukarest entsandt. Ein weiteres Schreiben gab dem Kommandanten bekannt, daß das Feuer auf die Festung eröffnet werden würde, wenn der Parlamentär nicht binnen 24 Stunden zurückgekehrt sei.

Hauptmann Lange, der an der rumänischen Vorpostenlinie von einem General empfangen und mit verbundenen Augen im Kraftwagen nach Bukarest geführt wurde, ist am 6. Dezember früh vor Ablauf der gestellten Frist zurückgekehrt.

Die Annahme des Briefes des Generalfeldmarschalls v. Mackensen ist von dem Oberbefehlshaber der rumänischen Donau-Armee verweigert worden unter der Begründung, „daß Bukarest keine Festung, sondern offene Stadt wäre; es beständen weder armierte Forts noch zu ihrer Verteidigung bestimmte Truppen; es gäbe weder einen Gouverneur noch einen Kommandanten."

Hauptmann Lange hat auf den Charakter von Bukarest als Festung hingewiesen und darauf, daß ein solches Ausweichen die deutschen Operationen nicht behindern werde.

Am Morgen des 6. Dezember setzten Teile des Kavalleriekorps Schmettow sich in Besitz eines Forts auf der Nordfront, Teile des 54. Armeekorps drängten nach und nahmen die Fortslinie von Chiajna (Westfront) bis Odaile (Nordfront). Der Gegner leistete mit Infanterie Widerstand, der schnell gebrochen wurde.

Von der Südfront her drangen Teile der Donau-Armee durch den Fortsgürtel in die Stadt; sie fanden keine Gegenwehr.

Die in Bukarest einrückenden Truppen wurden begeistert empfangen und mit Blumen geschmückt.

Generalfeldmarschall v. Mackensen begab sich im Kraftwagen vor das königliche Schloß, wo er mit Blumensträußen begrüßt wurde.

Der Dank des Kaisers an Generalfeldmarschall v. Mackensen.

Amtlich. Berlin, 7. Dezember.

Seine Majestät der Kaiser hat anläßlich der Einnahme von Bukarest an Generalfeldmarschall v. Mackensen folgendes Telegramm gerichtet:

„Die an Eurer Exzellenz heutigem Geburtstag erfolgte und für alle Zeiten denkwürdige Einnahme Bukarests, der Hauptstadt des zuletzt in Waffen gegen uns erschienenen heimtückischen Feindes, gibt mir Anlaß, Ihnen, mein lieber Feldmarschall, und den unter Ihrer bewährten Führung so ruhmreichen Truppen der Donau- und 9. Armee, welche unter den größten Anstrengungen Außerordentliches geleistet haben, meinen kaiserlichen Dank und meine vollste Anerkennung auszusprechen. Ganz Deutschland blickt voll Stolz auf seine und seiner Verbündeten tapferen Söhne, deren Taten mit Gottes Hilfe einen Markstein auf dem Wege zum endgültigen Siege sein werden. gez. Wilhelm I. R."

*

Genf, 7. Dezember.

Die pessimistischen Stimmen der Pariser Presse sind durch den Zensor nicht völlig einzudämmen. Artikeln, wie die im „Temps", in Clemenceaus „Homme enchaîné" und im „Matin", kennzeichnen die schwere Enttäuschung, die die letzten Tage den Franzosen brachten. Am bittersten äußert sich Clemenceau, der die gesamte Balkanpolitik scharf verurteilt, auf den traurigen Triumph hinweist, daß er alles Unheil, das der Entente in Rumänien und Griechenland erwachse, mit klarem Blick voraussah. Ein Zusammenbruch der rumänischen Streitkräfte schildert ein Artikel des „Journal des Débats". Unverhohlene Anerkennung wird darin der Strategie der deutschen Heeresleitung gezollt. Ganz besondere Hervorhebung verdiene die gewaltige Marschleistung der Armee Krafft v. Delmensingen, die unter fortwährenden Kämpfen 150 Kilometer in 12 Tagen zurücklegt. „Gleichzeitig übersetzte die Heeresgruppe Kühne den Arges. Die Ueberschreitung der Eisenbahnlinie Bukarest-Targovifte, der Einbruch in das rumänische Petroleumgebiet krönten die großzügigen Pläne der deutschen Heeresleitung."

Schweden und Norwegen.

(Von unserem Korrespondenten.)

△ Stockholm, Anfang Dezember.

Auch der Norden hat seine politische Idee. Auch in den drei Reichen Schweden, Norwegen und Dänemark wurde und wird hier und dort der Traum von einer größeren Einheit geträumt. Er ist bekannt unter dem Namen „Skandinavismus". Der skandinavische Gedanke hat seine eigene Geschichte, die immerhin für seine Daseinsberechtigung zeugt. Wenn wir uns über sie unterrichten wollen, brauchen wir nur einen kurzen Abschnitt aus dem Buche „Schwedische Stimmen zum Weltkrieg" (bei Teubner, Leipzig) durchzulesen, in dem die Haupttatsachen zusammengefaßt sind.

„Ursprünglich entstand", so heißt es dort, „der Skandinavismus in Dänemark, und sein politischer Zweck war, den Dänen eine Bürgschaft für Sönder-Jylland zu verschaffen. Schweden nahm am Präludium teil, drückte sich aber, als es sich ernstlich darum handelte, weiter mitzuspielen. Die Norweger haben während der letzten Jahre durch ihre Andeutungen betreffs eines Schutzbündnisses den Skandinavismus in neuer Form wieder aufgenommen und damit bezweckt, sich nach dem Bruch der Union Deckung zu verschaffen. Keine der anderen Mächte hat jedoch irgendwelche Lust gezeigt, ernstlich darauf zu reflektieren."

Der Verfasser dieser Zeilen meint hieran anschließend, jetzt käme eigentlich die Reihe an Schweden, die Initiative zu ergreifen. Man kann ihm darauf nur erwidern, daß dies in gewissem Maße auch geschehen ist. Seit Ausbruch des Weltkrieges hat man sich von Stockholm aus bemüht, eine gewisse Einheit des Handelns im Norden anzustreben. Die skandinavischen Herrscher kamen gleich anfangs auf eine Anregung des schwedischen Königs hin zusammen; später wurden Konferenzen abgehalten, die die Minister der drei Länder zu Beratungen zusammenführten. Bei dieser Gelegenheit wurde dann immer in offiziellen Communiqués auf die Gemeinsamkeit der nordischen Interessen hingewiesen und die Entschlossenheit aller drei Staaten zur Neutralität betont.

Wer aber die skandinavischen Völker während des Weltkrieges einzeln betrachtete, sah bald, daß gerade ihre Neutralität sehr voneinander verschieden ist und Schattierungen aufweist, die keineswegs zusammenpassen. Während sich Dänemark und vor allem Schweden wirklich befleißigen, nach allen Seiten hin in gleicher Weise neutral zu sein, während man in Stockholm zum Beispiel alles peinlich vermeidet, was irgendwie als Begünstigung der einen oder anderen Mächtegruppe erscheinen könnte, hat man in Kristiania von Anfang an eine ganz andere Haltung eingenommen. „Man hat dort", wie das schwedische Blatt „Nya Dagligt Allehanda" am 15. November so richtig schrieb, „niemals ein Hehl daraus gemacht, daß man den englischen Aushungerungskrieg gegen Deutschland nicht nur mit Sympathie ansah, sondern auch durch Taten unterstützte." Worin diese Taten bestanden, weiß jedermann. Der gesamte Schiffsraum der großen norwegischen Handelsflotte wurde bereitswilligst in den Dienst Englands gestellt. Und das große Volk, hoch und niedrig, arm und reich, suchte aus dem Geschäft zugunsten der Entente durch wildes Spekulieren in Schiffahrtspapieren Nutzen zu ziehen. Nur im Vorbeigehen sei darauf hingewiesen, daß gerade dieser letztere Umstand der Hauptgrund zu der allgemeinen Entrüstung über das Vorgehen der deutschen U-Boote war. Daß Dampfer mit Bannware torpediert werden, ist gerechtfertigt. Der Besitzer des gesunkenen Dampfers verliert nichts, denn er hat Schiff und Ladung versichern lassen. Aber der biedere Bürger von Kristiania, der Aktien gekauft hat, die jetzt durch die „Rücksichtslosigkeit" der Deutschen auf einmal sturzweise fallen, statt ihm wie bisher die Möglichkeit zu breitem, mühelosem Wohlleben zu bieten, hebt die Hände beschwörend gen Himmel: „Nein, eine Grenze hat Tyrannenmacht!"

Schweden erlebte daneben im Laufe des Krieges ernstere Schicksale. Von Osten her fiel ein Schatten über das Land, der die wachen Gemüter frühzeitig bedenklich stimmte. Dann wuchs die Festung Aland, wenige Stunden von Stockholm entfernt, aus dem Bottnischen Meere. Der einzige politische Gewinn, den Schweden aus der Geschichte des letzten Jahrhunderts gezogen hatte, die Versicherung der Westmächte, daß die Insel unbefestigt bleiben solle, war mit einem Schlag verloren gegangen. Bald sahen alle, die sich nicht aus inneren Parteigründen der Wahrheit verschließen wollten, mit klarer Deutlichkeit, daß von Rußland die Lebensgefahr drohe. Zahlreiche Uebergriffe Englands, des liberalen Moskowiterfreundes, gingen damit Hand in Hand. Das waren die Erfahrungen auf der schwedischen Seite. Sie entwickeln sich ganz anders als in Norwegen, ja, rein politisch gesehen, in entgegengesetzter Richtung.

Die zwei Nachbarvölker, die zwei skandinavischen Staaten, gingen also nicht gemeinsame Wege. Der Skandinavismus bestätigte sich in ihren Erlebnissen nicht. Das mußte früher oder später trotz aller Ministerbesprechungen einmal klar zutage treten. Eine offene Aussprache lag sozusagen in der Luft. Und sie kam anläßlich des deutsch-norwegischen Konfliktes. Die äußeren Geschehnisse dieses Kon-

Rücktritt zweier bayerischer Minister.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

□ München, 7. Dezember.

Ein plötzlicher Ministerwechsel ist in Bayern eingetreten. Der Minister des Innern, Freiherr v. Soden und der Kriegsminister, Freiherr Kreß v. Kressenstein sind zurückgetreten. Der frühere Minister des Innern aus der liberalen Aera, Dr. v. Brettreich, ist vom König wieder auf seinem früheren Posten berufen worden. Der Nachfolger des Kriegsministers ist noch nicht bestimmt. Das wird erst nach der Rückkehr des Königs von der Reise geschehen, die er heute antritt. Die Ursache des Ministerwechsels soll in Differenzen zu suchen sein, die in der letzten Zeit zwischen den beiden Ministerien herrschten. Freiherr v. Soden wurde bei seiner Entlassung in den Grafenstand erhoben, Freiherr Kreß v. Kressenstein erhielt das 6. Chevauxleger-Regiment.

Bevorstehender Schluß der geheimen Sitzung der französischen Kammer.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Rotterdam, 7. Dezember.

Der „Nieuwe Rotterdamsche Courant" erfährt aus Paris: Auf sie wird eine öffentliche Sitzung folgen, aus der das Land sehr wichtige Maßnahmen und Aenderungen auf dem Gebiet der Politik, der Heeresverwaltung und der Volkswirtschaft erfahren wird. Neues in bezug auf die Vorbereitung des Feldzuges 1917 wird bekannt werden, sowohl als Antwort auf den deutschen Hilfsdienst und auf die augenblicklichen — keinesfalls als unwiderruflich betrachteten — Erfolge der Zentralmächte in Rumänien. Die Blätter sind noch nicht ermächtigt, über die neuen Maßnahmen und die neuen Männer etwas zu berichten. Hervé deutet die kommende Diktatur an.

flikts sind bekannt. Als deutsche Matrosen norwegische Bannware in den Grund bohrten, ohne dabei norwegisches Seeterritorium anzutasten, erließ die Regierung in Kristiania, die sich am 5. Juli einen englischen Uebergriff in ihre Gewässer ruhig hatte gefallen lassen, eine U-Boots-Verordnung, die scharfe Bestimmungen gegen fremde U-Boote im Küstengebiet enthielt. Eine ähnlich lautende Verordnung hatte Schweden im Sommer herausgegeben, weil es durch zahlreiche Verletzungen seiner Neutralität von russischer Seite dazu gezwungen wurde. Dieser Zwang aber bestand für Norwegen nicht. Sein Schritt mußte daher von Deutschland als eine ganz unnötig unfreundliche Handlung aufgefaßt werden. Er war eine folgerichtige Aeußerung der ganzen Haltung des Landes im Weltkrieg. Und gerade als solche führte er die Auseinandersetzungen mit Schweden herbei.

Denn alsbald begannen führende Zeitungen in Stockholm und auch in der Provinz, ganz deutlich von dem Verhalten Norwegens abzurücken. In dem oben schon angeführten Aufsatz schreibt „Nya Daglight Allehanda“: „Wir hoffen, daß Norwegen jetzt eingesehen hat, daß es einen politischen Fehlgriff beging, weil es sich von Anfang an nicht genügend solidarisch mit Schweden in der U-Boots-Frage erklärt hat. Wir sind der festen Ansicht, daß es stärker dagestanden wäre, wenn es seine Verordnung zugleich mit Schweden herausgebracht hätte, anstatt erst später unter besonderen Umständen damit zu kommen, die den Deutschen Anlaß zu Mißtrauen und zu der Behauptung gaben, daß nicht die Sorge um die Neutralität, sondern englischer Druck seine Handlungsweise bestimmt habe.“ In ganz ähnlichem Sinne sprach sich „Aftonbladet“ aus.

Die deutlichste Abrechnung mit Kristiania erfolgte aber am 20. November in dem sonst so vorsichtigen und meist als offiziös geltenden „Stockholms Dagblad“. In einem Aufsatz, dessen Inhalt den Lesern des „Berliner Tageblatt“ bekannt ist, wurde ganz klar der rein schwedische Standpunkt umrissen. Es wurde darauf hingewiesen, daß die schwedischen Bemühungen, Norwegen in seinem Verhältnis zu England selbständig zu erhalten, bisher nicht von Erfolg gekrönt worden seien. Um so weniger könne also Norwegen in seinen jetzigen Schwierigkeiten Anspruch auf Hilfe von seiten Schwedens erheben, da dieses letztere sich nur durch seine eigenen Interessen bestimmen lassen dürfe, „Interessen, die niemals erlauben, daß wir aus Rücksicht auf Norwegen oder überhaupt irgend jemand unser Verhältnis zu der einzigen Macht gefährden, bei der wir in einer gewissen nationalen Gefahr auf Unterstützung rechnen können“. Als das Blatt dann von Organen der Linken wegen seiner freien Sprache getadelt wurde, behauptete es seinen Standpunkt energisch und fügte zur Erläuterung noch folgende Worte hinzu: „Unsere ganze Politik hat doch die Aufgabe, unsere Zukunft zu sichern, und wir kommen nicht los von der Pflicht, deren Möglichkeiten zu erwägen. Bei der sehr unsicheren Rechnung haben wir keine bessere Leitung als die Geschichte, und es scheint, als ob die Stimmung verflossener Jahrhunderte mit wunderbarer Aktualität zu Schweden sprächen. Wir brauchen nicht im Zweifel darüber zu sein, wo die Gefahr droht, gegen die wir besonders auf der Hut sein müssen. In den früheren schwedischen Provinzen wohnt ein wesentlicher Teil der Millionen von Menschen, in deren Namen der Bund der von Rußland unterdrückten Völker jetzt so ergreifend an das freiheitsliebende Europa appelliert.“

Hier wird, um Lassalles Worte zu gebrauchen, „ausgesprochen, was ist“. Daß dies an solcher Stelle geschah, machte die Ausführungen doppelt eindrucksvoll. Sie wirkten wie ein reinigendes Gewitter. Die Idee des Skandinavismus erhielt dabei scheinbar einen gefährlichen Stoß. Ich sage: scheinbar. Denn ich kann den schwedischen Blättern nicht zustimmen, die, wie „Svenska Dagbladet“, meinten, gerade im Hinblick auf den skandinavischen Gedanken seien die Worte zu scharf und hitzig gewesen. Dieser skandinavische Gedanke war durch Norwegens Vorgehen beeinträchtigt worden und nicht durch den Aufsatz in „Stockholms Dagbladet“, der nur die notwendigen Konsequenzen aus dem durch dieses norwegische Vorgehen geschaffenen Zustand zog. Gelingt es, Kristiania durch die offene Aussprache zur Besinnung zu bringen, so dient das nur zum Besten des Skandinavismus. Denn dann ist auf dem Gebiet der politischen Tatsachen der Weg zur Einheit viel eher geebnet, als dies durch gütige Mahnungen der Fall gewesen wäre. Dann ist von schwedischer Seite ein Schritt getan worden, für den einmal der gesamte Norden dankbar sein wird.

Lloyd George mit der Bildung der neuen Regierung betraut.

(Telegramme unserer Korrespondenten.)

Rotterdam, 7. Dezember.

Aus London wird vom 6. Dezember gemeldet: Auf den Rat Bonar Laws hat der König Lloyd George ersucht, die Regierung zu bilden. Lloyd George hat eingewilligt und wird sich bemühen, ein nationales Ministerium ohne Rücksicht auf Parteiunterschiede zu bilden.

Vom 6. Dezember, 7 Uhr abends, wird gemeldet: Nur fünf Minister waren bei der Besprechung mit dem König zugegen, nämlich Asquith, Lloyd George, Balfour, Bonar Law und Henderson. Die Besprechung dauerte anderthalb Stunden. Auch andere Minister begaben sich in den Palast, beschäftigten sich aber mit anderen Dingen.

Rotterdam, 7. Dezember.

Eine Londoner Depesche von gestern meldet: Der König rief heute Mittag eine allgemeine Versammlung der Minister in Buckinghampalast zusammen.

London ist erfüllt von Gerüchten. Alle Minister und führende politische Personen haben den ganzen Tag über Besprechungen abgehalten. Diese Besprechungen haben Carson zu der Erklärung veranlaßt, daß der Bericht, wonach er bereit sei, hinsichtlich der Homerule-Frage zu einer Einigung zu gelangen, um die Einführung der Wehrpflicht in Irland zu sichern, vollständig falsch sei. Derby widersprach heute in einer Rede im Aldwycklub der Ansicht, daß es sich in dieser politischen Krise um eine Intrigue oder Untreue gegenüber Asquith handle. Als Unterstaatssekretär des Kriegsdepartements versichert er, daß er bald eingesehen habe, daß es der gegenwärtigen Regierung an genügender Einsicht in die Kriegsführung fehle. Er schloß mit den Worten: „Wir können nur einen kleinen Kriegsrat gebrauchen.

Haag, 7. Dezember.

In hiesigen politischen Kreisen neigt man der Ansicht zu, daß eine Lösung der englischen Kabinettskrise, wie sie jetzt durch die Premierschaft Lloyd Georges tatsächlich eingetreten ist, seinen innersten Absichten nicht entspricht. Viel mehr hätte Lloyd George vorgezogen, etwas mehr im Hintergrund als Kriegsminister mit erweiterten Befugnissen, die der von ihm eingerichtete und beherrschte Kriegsrat gehabt hätte, einen diktatorischen Einfluß auszuüben. Er wäre nicht behindert gewesen, von den Traditionen eines aus Friedenszeiten übernommenen Amtes, wie es gerade das des englischen Ministerpräsidenten ist, abzuweichen. Zugleich wäre er damit vorläufig wenigstens den jetzt wahrscheinlichen Parteikämpfen im Unterhause entgangen. Von Asquith wurde vielfach angenommen, daß es ihm schwer werde, der Versuchung zu widerstehen, in der Rolle des Vorgeschobenen seinen Posten zu behalten, anstatt ihn in einem Augenblick zu verlassen, dessen Ungunst einen Schatten über seine ganze Amtszeit wirft. In der Tat scheint er nur durch das einstimmige Urteil der überzeugt liberalen Kabinettsmitglieder zur Einreichung seiner Entlassung bewogen worden zu sein. Daß Lloyd George, nachdem er noch augenscheinlich versucht hat, Bonar Law als Strohmann zu benutzen, nun englischer Premierminister ist, wird ihm in der Tat einen Teil der unkontrollierten Bewegungsfreiheit nehmen, die seinen von ihm selbst eingestandenen napoleonischen Trieben entspräche. Vielleicht hat er wirklich einen entscheidenden Abschnitt auf dem Wege, den er sich vorgezeichnet hat, überspringen müssen. Andere Meinungen gehen aber dahin, daß Lloyd George nur scheinbar andere Personen für den höchsten Posten des Reiches zur Diskussion stellte, den er selbst aber durchaus erstrebt habe. Er wollte nur den schlechten Eindruck bei seinen früheren Parteigenossen möglichst zerstreuen, den Asquith' Verdrängung machen muß. Durchgängig aber hörte man überall die Meinung, daß sowohl für die Kriegführenden wie die Neutralen die mögliche Berufung Lloyd Georges den europäischen Krieg, wenn es irgend daran noch fehle, zur äußersten Schärfe treiben, aber dadurch auch die Krise beschleunigen werde.

Abgeordnetenhaus.

44. Sitzung, Donnerstag 7. Dezember, 12 Uhr.

Am Ministertisch: Finanzminister Dr. Lentze, Breitenbach.
Auf der Tagesordnung steht der im Ausschuß umgearbeitete Antrag aller Parteien über die

Teuerungszulagen und Kriegsbeihilfen

für Staatsbeamte, Staatsarbeiter und Volksschul-
lehrer. Nach der Fassung des Kommissionsantrages sollen di
Teuerungszulagen für die verheirateten Beamten in der Weise erhöh
werden, daß jeder Beamte mit einem Gehalt bis 5100 Mark 100 Mark un
für jedes Kind von 15 bis 18 Jahren 30 Mark erhält. Weiter sollen all
im Arbeiterverhältnis stehenden Beschäftigten Teuerungszulagen
erhalten, und die laufenden Kriegsbeihilfen sollen den Teuerungs-
verhältnissen entsprechend erhöht und gleichmäßig gestaltet werden
Auch die Ruhegehaltsempfänger und die Hinterbliebenen
von Staatsbeamten sollen nach Maßgabe ihrer Bedürftigkeit ein
malige Kriegsteuerungszulagen erhalten, ebenso die Volksschul
lehrer. Ein weitergehender sozialdemokratischer An
trag wird nicht genügend unterstützt.

Abg. Dr. Schröder-Kassel (natl.) berichtet eingehend über di
Verhandlungen des Ausschusses, die zu dem obigen Ergebnis ge
führt haben.

Der Finanzminister Dr. Lentze erklärte unter anderem, er könn
noch nicht sagen, ob die Regierung den Beschlüsse
des Ausschusses beitrete, da erst eine Verständigung m
dem Reiche erfolgen müsse.

Herrenhaus.

13. Sitzung, Donnerstag, 7. Dezember 1916.

Am Regierungstisch: v. Beseler, v. Loebell.
Präsident Graf v. Arnim-Boitzenburg eröffnet die Sitzung u
12 Uhr 15 Minuten.
Die neu eingetretenen Mitglieder Georg Freiherr v. Werthe
und Sigismund v. Chlapowski, werden in den üblichen Form
vereidigt.
Ein Gesetzentwurf über den Vorsitz im katholische
Kirchenvorstand in Frankfurt a. M., der den Ausnahmezusta
beseitigen soll, daß der katholische Pfarrer im Kirchenvorstand ni
vertreten ist, wird ohne Aussprache (Berichterstatter Graf v. Hoen
broech) angenommen.
Nach dem Bericht des Oberbürgermeisters Dr. Johansen (K
feld) wird der königlichen Verordnung über die Abänderung des V
zeichnisses der Wasserläufe erster Ordnung zugestimmt.
Kronsyndikus Dr. v. Hagens berichtet über den Gesetzentw
über die

Abkürzung des juristischen Vorbereitungsdienstes

für Kriegsteilnehmer.
Das Gesetz ermächtigt die Minister des Innern und
Finanzen, die Vorbereitungszeit für den höheren Verwaltun
dienst zugunsten der Kriegsteilnehmer um die Zeit des Krie
dienstes, jedoch höchstens um ein Jahr abzukürz
Die näheren Vorschriften über die Dauer der Beschäftigung
Kriegsteilnehmer als Referendare bei den Gerichtsbehörden u
über ihre weitere Beschäftigung im Vorbereitungsdienst bei
Verwaltungsbehörden werden von den bezeichneten Ministern
lassen.
Der Gesetzentwurf wird angenommen. Darauf berich
Kronsyndikus Dr. v. Hagens über einen zweiten Gesetzentw
gleichen Inhalts, worin weiter gesagt wird, daß der Vorbereitun
dienst der unter dieses Gesetz fallenden Referendare mit ei
Beschäftigung als Gerichtsreferendar beginnt.
Auch dieses Gesetz wird in etwas abgeänderter Fassung a
genommen.
Oberbürgermeister Dr. Oehler (Düsseldorf) berichtet ausführ
über den vom Abgeordnetenhaus dieser Tage auf Antrag des
Schweckendieck (Natl.) angenommenen Gesetzentwurf über die
steuerung der während des Krieges erzielten Mehre
kommen von Privaten und Gesellschaften.
Der Gesetzentwurf wird angenommen.
Stadtdirektor Tramm (Hannover) berichtet über die Denk
der Regierung betr. die vom 1. April 1913 bis 31. März
ausgeführten Wasserstraßenbauten. Die Denkschrift
zur Kenntnis genommen.

Aus den Konzerten.

Von [Nachdruck verboten.]

Dr. Leopold Schmidt.

Schöne Abende liegen hinter uns, Abende, an denen man des herrlichen Besitzes unserer deutschen Musik und der reichen Mittel, die wir zu ihrer Verwirklichung haben, wieder einmal von Herzen froh werden konnte. Ich denke dabei zunächst an eine wundervolle Aufführung der Mendelssohnschen A-moll-Symphonie, die das dritte Abonnementskonzert der königlichen Kapelle einleitete. Diese „Schottische“, die des Komponisten Wesen so rein und glücklich spiegelt, steht mit ihren Stimmungsreizen und ihrer Formvollendung noch heute unserem Empfinden nahe und gehört mit der „Walpurgisnacht“, der Sommernachtstraum-Musik und dem Violinkonzert allen Verunglimpfungen zum Trotz zu den unvergänglichen Meisterwerken. Daß Richard Strauß nicht zu den aus Parteilichkeit dafür Unempfänglichen zählt, bewies seine liebevolle Darstellung, für die man ihm Dank wußte. Das national gefärbte Scherzo, ein Musterbeispiel der musikalischen Frühromantik, wurde wahrhaft hingezaubert; aber auch die anderen Sätze kamen, jeder in seiner Weise, vollauf zu ihrem Rechte. Darauf gaben sich die Zuhörer mit allem guten Willen Max Regers „Prolog zu einer Tragödie“ hin. Vergebens. Die Tondichtung bleibt mit ihrer gleichmäßig dickflüssigen Instrumentation ein unerquickliches Stück, das mehr das Ringen um einen großen Stoff als seine künstlerische Bewältigung darstellt. Um so lieber kehrt die Erinnerung zu Beethovens „Pastorale“ zurück. Hier hatte der Schöpfer der „Alpensymphonie“ das Werk eines mittelbaren Vorgängers, die klassischen Anfänge einer halbprogrammatischen Musik zu deuten. Er tat's mit herzhafter Frische. Die „Szene am Bach“ nimmt Strauß über alle Tradition lebhaft, und das wirkt wie eine Erlösung. Die Annahme, daß dem ersten Allegro gewohnheitsmäßig ein langsamer Satz folgen müsse, läßt meist die Vorschrift „molto moto“ übersehen und trägt unangebrachte Lyrik in ein Stück, das nichts als Naturschilderung sein will. Auch das Dankgebet des Schlusses, in dem übrigens auch in der königlichen Kapelle die letzte Hornstelle (nach meiner Meinung zu Unrecht) sordiniert wird, gerät bei Strauß nicht ins Schleppen. So blieb man frisch für die Leonoren-Ouvertüre (Nr. 3) und ihre durch kleine individuelle Abweichungen vom Ueblichen ganz auf das Großzügige gerichtete Ausführung.

Ein anderer Abend zeigte Richard Strauß Arm in Arm mit Arthur Nikisch auf dem Podium. Es war am Schluß des Philharmonischen Konzertes, wo das Publikum es sich nicht nehmen ließ, zugleich mit seinem genialen Interpreten den über die Ausführung seines Werkes sichtlich erfreuten Meister stürmisch zu beglückwünschen. Zum ersten Male hatten unsere Philharmoniker die „Alpensymphonie“ gespielt, und wie vor einem Jahre bei der Uraufführung durch die Dresdener Hofkapelle war der Eindruck überwältigend. Ich habe meinem Urteil nichts zu nehmen, noch hinzuzufügen. Man muß dem Werk nun Zeit lassen, sich einzubürgern. Es stellt sich eine so andere Aufgabe als die früheren symphonischen Dichtungen von Strauß, daß die richtige Einstellung nicht ohne weiteres erwartet werden darf. Süffisantes Geschwätz und gehässige Anwürfe bedürfen keiner Abwehr; dergleichen richtet sich schon durch die eigene Form und macht sich selber unschädlich. Aber es ist nicht denkbar, daß die geradezu naive Schaffenskraft in diesem Tongemälde voll klarer Linien und leuchtender Farben, diese völlige Uebereinstimmung von Wollen und Können, das restlose Aufgehen aller Ideen in reine Klangerscheinung von genialer Bildlichkeit und Treffsicherheit im Verein mit dem zwingenden Stimmungsgehalt (man lasse nur den „Gipfel“ und die „Vision“ auf sich wirken!) von der Allgemeinheit nicht erkannt und ihrer Bedeutung nach gewürdigt werden sollten. Schon jetzt löst die „Alpensymphonie“, wie man sich überzeugen konnte, zum mindesten eine Gefühl der Bewunderung aus, und in den Beifall mischte sich unverhohlen die Freude, den Mann, der sie geschrieben, den unsrigen nennen zu dürfen. Die Philharmoniker bestanden mit allen Ehren trotz der hinzugezogenen Hilfskräfte und trotz der an die Bläser gestellten enormen Anforderungen. Nikisch aber, der nach seiner Art manches noch klarer und feiner gestaltet hat, gab wieder ein Meisterstück seiner Dirigentenkunst. Vielleicht ist die Bemerkung nicht ungerechtfertigt, daß das Wanderthema anfangs ein wenig behaglicher genommen werden könnte. Unvergleichlich schön erklang die den Abend einleitende Freischütz-Ouvertüre. Die mutete wie eine Neubelebung an, und war doch nichts hinzugetan, als was nur ein sehendes Auge in den Noten findet. Das nenne ich mir die wahre Art zu musizieren! Wilhelm Backhaus spielte Schumanns A-moll-Konzert. Er befremdet oft durch seine etwas kühle, allzu sehr auf das Technische gerichtete Natur und hat daher, wenn er sich solchen Aufgaben zuwendet, von vornherein gegen Vorurteile zu kämpfen. Um so mehr ist es Pflicht der Kritik, es hervorzuheben, sobald er, wie an diesem Abend, nicht nur Meisterliches, sondern auch innerlich Empfundenes bietet. Der erste Satz, in dem das Orchester viel Wärme auf den Spieler ausstrahlte, war keineswegs ohne Poesie, und fehlte auch dem Intermezzo die rechte romantische Verträumtheit, so erinnerte doch der letzte Satz, und zwar, das darf man mir glauben, nicht nur in seiner technischen Rundung und Abgeklärtheit, geradezu an das Spiel Klara Schumanns.

Das zweite Heinrich-Knote-Konzert, ein Wagner-Abend, lieferte einen neuen Beweis für die Beliebtheit des stimmbegnadeten Sängers. Die Philharmonie war ausverkauft und folgte mit steigender Begeisterung seinen Vorträgen. Herr Knote aber hatte den guten Geschmack, sich keine Zugaben abnötigen zu lassen. Sein strahlender Tenor klang so frisch und schön wie nur je. Wärmer freilich als in Walthers „Preislied“, bei dem man innere Anteilnahme vermißt,
wurde er im Schlußduett aus dem ersten Akt der „Walküre“, in
ihm, wie im Liebesduett aus „Lohengrin“, Barbara Kemper
reich zur Seite stand. Knotes Art, Wagner wirklich zu singen
(wie schon neulich im „Tristan“ bemerkt), einzig; selbst die deu
Aussprache kann dem gesunden Wohllaut seines Tones keinen Ab
tun. Unserer Hochdramatischen scheinen dagegen Gefahren zu dr
Singt sie zu viel, oder singt sie nicht immer mühelos? Die vo
vorgetragenen Wagner-Lieder offenbarten ganz besonders eine
stetigkeit des Tones, zumal in der Mittellage, auf die gerade Fr
ihrer schönen Stimme die strebsame und begabte Künstlerin
merksam machen müssen. Das Philharmonische Orchester leitete
mal Fritz Reiner, der an der Dresdener Hofoper schnell z
sehen gelangte Kapellmeister. Er ist auch im Konzertsaal ein
freuliche Persönlichkeit, frisch zugreifend und von großer Best
heit. Er hat das Orchester fest in der Hand, weiß, was er wil
wenn man ihm auch, wie im „Siegfried-Idyll“, nicht immer
stimmen kann, so hat doch alles, was er macht, ein scharf umr
Gesicht. Und das ist die Hauptsache.

Vom zweiten Wendel-Konzert mußte ich mich beg
die Vorträge des mitwirkenden Solisten John Forsell zu
Der schwedische Kammersänger, wie immer stürmisch begrüßt u
dankt, sang zuerst Mozarts „Freimaurerkantate“. Die Rein
Ziegenhagens konnten selbst den göttlichen Wolfgang nicht inspi
und er mußte sich darauf beschränken, dem Stück nach Mög
etwas Zauberflötenstimmung einzuhauchen. So lohnte sich di
grabung nicht, und der Sänger tat seinerseits nichts, den E
zu vertiefen. Der echte Forsell kam erst zum Vorschein, als
in den Dienst nordischer Tondichter stellte. Ganz be
stimmungsvoll sang er Griegs „Ein Schwan“, der in der Inst
tierung noch gewinnt. Auch die pikante „Serenade“ von Tor
hätte man am liebsten noch einmal gehört. Der treffliche
Dirigent, dem das Orchester willig folgte und der sich den he
strittenen Berliner Boden längst erobert hat, begleitete all
schmiegsamste. Sicherlich sind auch Beethovens „Pastorale
Brahms' E-moll-Symphonie gut bei ihm aufgehoben gewese

Aus Solistenkonzerten nahm man meist freundliche Eindrü
nach Hause. Lola Artôt de Padilla übte ihren ganzen
aus, als sie im Beethoven-Saal sang, und gestaltete, von Wi
Scholz begleitet, jedes Lied zu einem kleinen Kunstwerk. Die
der sie auf der Bühne oft allzu große Anforderungen zumute
klang weich und sympathisch. Hübsch sind die Lieder von Gus
man. — Hermine D'Albert-Finck erfreute ihre
mit Mahler, Grieg und Schumann. Man weiß, wie sie den
Lieder als gute Musikerin beherrscht und, auch wenn sie
weniger disponiert ist, durch saubere Intonation und Vor
fesseln versteht. Ihr Abend gewann durch die Mitwirkung
Fiedlers, der die Begleitungen ausführte, und mit
Hegyesi, einer jungen, wie es scheint, technisch und musika

Die Judenstatistik.

Eine „unwürdige" Konzession.

In der deutsch-hannoveranischen „Deutschen Volkszeitung" beschäftigt sich der Reichstagsabgeordnete Ludwig Alpers mit der durch das preußische Kriegsministerium angeordneten Feststellung der Zahl und Verwendung der Juden in der Armee. Herr Alpers sieht es als unzweifelhaft an, daß die Absicht des Kriegsministers lauter gewesen sei, aber er wirft die Frage auf, ob nicht im Interesse der Einigkeit hinter der Front eine andere Art, die erhobenen Beschuldigungen zu prüfen, beziehungsweise zu entkräften, vorzuziehen gewesen wäre. Dazu sagt der Verfasser weiter:

„Da wird der jüdische Soldat, der sein und unser Vaterland verteidigt, nicht nur in der Etappe, sondern ebenso an der Front durch die Zählung aus der Reihe seiner Kameraden herausgehoben; die Zählung bringt ihn in Beziehung zu den bekannten Beschuldigungen; er fühlt sich gekennzeichnet, gekennzeichnet an einem Orte — wie oft im Bereiche der unmittelbaren Kriegshandlungen! —, wo es nichts anderes als treue Pflichterfüllung unter Einsetzung von Leib und Leben gibt. Die Wirkung auf den Seelenzustand des so „Gezählten" läßt sich denken. Das aber hat der deutsche Jude nicht verdient. Auch aus der jüdischen Jugend sind bei Beginn des Krieges Tausende in edler Begeisterung hinausgezogen zur Verteidigung des Vaterlandes. 8500 schmückt heute das Eiserne Kreuz 2. Klasse, 80 das 1. Klasse. Wie viele jüdische Kämpfer deckt der Rasen! Aus dem Reichstag zog der sozialdemokratische Abg. Frank freiwillig aus; beim nächsten Zusammentritt des Reichstags huldigte das Hohe Haus dem Andenken des gefallenen Helden. Will nun das deutsche Volk seinen jüdischen — gefallenen und lebenden — Verteidigern lohnen, indem es ihre Glaubensgenossen im Schützengraben „zählt"? Die Absicht des Kriegsministeriums in Ehren. Will es zugeben, daß im deutschen Heere die Soldaten jüdischer Abkunft „sich drücken" können, glaubt es, entsprechende Feststellungen treffen zu sollen, so blieb eben nichts übrig, als alle Angehörigen des Heeres an der Front und in der Etappe nach religiösem Bekenntnis und nach Abkunft zu zählen."

Zum Schluß bemerkt Abg. Alpers von seinem deutsch-hannoveranischen Standpunkt aus:

„Hier handelt es sich nicht um Neigungen und Abneigungen, sondern um Gerechtigkeit. Als Vertreter des Rechtsprinzips können wir nicht zugeben, daß jüdische Soldaten, welche innerhalb des deutschen Volksheeres in diesem Existenzkampf unzweifelhaft ihre Pflicht tun, durch eine, wenn auch gut gemeinte, aber verfehlte Maßnahme tief gekränkt werden. Das Kriegsministerium sollte die Verfügung schleunigst rückgängig machen. Es darf sich sonst nicht wundern, wenn trotz seiner loyalen Erklärung die Verfügung in gerecht denkenden Kreisen angesehen werden kann als eine unwürdige Konzession an die Instinkte derer, die blind ihren Leidenschaften gehorchen, die Gerechtigkeit aber gering schätzen."

Diese Darlegungen sprechen in ihrer Unparteilichkeit und Folgerichtigkeit für sich selbst.

Das bayerische Zentrum und die Arbeiterschaft.

Zur Ingolstädter Landtagsersatzwahl.

Im bayerischen Wahlkreise Ingolstadt, der durch den Tod des Kammerpräsidenten Dr. Orterer freigeworden ist, hat die Zentrumspartei es abgelehnt, den von den Christlichen Gewerkschaften vorgeschlagenen Bezirksobmann des bayerischen Eisenbahnerverbandes, Schürer in Würzburg, als Kandidaten aufzustellen. Der Bürgermeister von Ingolstadt, Hofrat Kroher, soll nach dem Willen der Partei kandidieren. „Der Arbeiter", das Organ des Verbandes der katholischen Arbeitervereine Süddeutschlands, verweist nun auf die „fast systematische Verdrängung der Arbeiterschaft bei der Vergebung von Mandaten zum bayerischen Landtag", obwohl die Arbeiter schon seit 1905 „ununterbrochen und mit Nachdruck" eine stärkere Vertretung durch Arbeiterkandidaten beanspruchen. Die von der Parteileitung gemachten Versprechungen seien im Ernstfalle nicht eingelöst worden. Hier liege der Keim zu der „großen Erbitterung" in der Arbeiterschaft. Der „Arbeiter" hat die größten Befürchtungen für den Frieden in der Partei. Ueberall werde es verstanden werden, wenn bei der Wahl die Arbeiterschaft „mindestens die Gefolgschaft versage und Gewehr bei Fuß stehe".

• Die **Reichsdeutsche Waffenbrüderliche Vereinigung** hält am 12. Dezember, nachmittags 5 Uhr, im Festsaale des preußischen Abgeordnetenhauses eine Gründungsversammlung ab, in der die Bildung einer technischen Abteilung beschlossen werden soll und in der der Präsident der k. k. Versuchsanstalt in Wien, Exzellenz Exner, sowie der Vorsitzende der technischen Gruppe der Ungarischen Waffenbrüderlichen Vereinigung in Budapest, Exzellenz v. Miklos, Vorträge halten werden.

Die Sehnsucht nach der Parteieinheit.

Die Auseinandersetzungen in der Sozialdemokratie.

In einer Versammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins Neukölln hielt der Reichstagsabgeordnete Dr. Otto Landsberg (Magdeburg), der zur Fraktionsmehrheit gehört, eine bemerkenswerte Rede über die Frage der Parteizersplitterung. Er sagte unter anderem:

„Trotz aller Meinungsverschiedenheiten über den richtigen Weg, Einigkeit über das Ziel! Gegenüber den Feinden stehen wir ja doch zusammen — wozu dann erst getrennt marschieren, und wozu eine Spaltung, die niemand in der Mehrheit will? Nach ein paar Jahren würden sich die getrennten Ströme doch wieder vereinigen. Aber in den ersten Jahren nach dem Kriege wird der Unterbau für die nächsten fünfzig Jahre gezimmert. Und um dabei nicht ausgeschaltet zu sein, sollen, müssen und werden beide Richtungen miteinander bauen an unserer Zukunft!"

Diese Ausführungen wurden von der Versammlung mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

Ehrverlust und Zivildienst.

Jedermann zur Arbeit verpflichtet.

Bekanntlich ist es denjenigen, die mit zeitlichem oder dauerndem Ehrverlust bestraft sind, versagt, in den Reihen des Heeres ihrer Dienstpflicht zu genügen. Es ist dabei gleichgültig, ob der Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte durch das Erkenntnis des verurteilenden Gerichts besonders als Nebenstrafe ausgesprochen, oder ob er automatisch durch Verurteilung einer Zuchthausstrafe eingetreten ist. Bekanntlich hat bei Ausbruch des Krieges eine ganze Reihe von mit Ehrverlust Bestraften versucht, in die Reihen des Heeres einzutreten, die Erlaubnis mußte ihnen aber auf Grund des bestehenden Gesetzes versagt werden. Im Anschluß hieran ist von vielen Seiten die Frage aufgeworfen worden, ob die mit dauerndem oder zeitlichem Ehrverlust Bestraften von dem Gesetz über die Zivildienstpflicht getroffen werden, oder ob der Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte sie auch von der Ableistung der Zivildienstpflicht ausschließt. Dies ist, wie eine Nachrichtenstelle von zuständiger Stelle erfährt, nicht der Fall. Der Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte befreit nicht von der Zivildienstpflicht. Die Ableistung der militärischen Dienstpflicht ist durch die bekannten Reichsgesetze geregelt, die ausdrücklich den Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte als Voraussetzung für den Heeresdienst erklären. Das Hilfsdienstgesetz sagt aber in § 1 ausdrücklich: Jeder männliche Deutsche vom vollendeten 17. bis zum vollendeten 60. Lebensjahr ist, soweit er nicht zum Dienst in der bewaffneten Macht einberufen ist, zum vaterländischen Hilfsdienst während des Krieges verpflichtet. Eine Befreiung von dem Hilfsdienst, die durch den Nichtbesitz der bürgerlichen Ehrenrechte eintritt, ist im Gesetz nicht vorgesehen. Deshalb sind auch die mit Ehrverlust Bestraften zivildienstpflichtig.

Die südwestdeutschen Kanalpläne.

Ein Kanalverein für Rhein, Donau und Neckar.

Am 9. Dezember wird in Stuttgart in Anwesenheit von Vertretern der Regierungen von Württemberg, Baden, Hessen und vorzüglich auch von Bayern und unter Beteiligung von namhaften Interessenten die Gründung des „Südwestdeutschen Kanalvereins für Rhein, Donau und Neckar (e. V.) mit dem Sitz in Stuttgart" stattfinden. Der Verein bezweckt die Verbindung von Rhein und Donau durch Herstellung unmittelbarer Großschiffahrtswege zwischen Rheinpfalz—Baden—Hessen—Württemberg und Bayern. In erster Linie gehört hierzu der Großschiffahrtsweg auf dem Neckar gemäß dem Reichswasserstraßengesetz vom 24. Dezember 1911, die Weiterführung dieses Schiffahrtsweges bis zur Donau, die Herstellung eines Großschiffahrtsweges auf der Donau bis Ulm und dessen Weiterführung von Ulm über den Bodensee zum Rhein. Außerdem stellt sich der Verein die Förderung aller seinen Interessen dienenden Schiffahrtsbestrebungen, besonders auch in Oesterreich-Ungarn, zur Aufgabe.

Gegen den Schuhwucher.

Eine Warnung.

Die Gutachterkommission für Schuhwarenpreise erläßt folgende Bekanntmachung:

Seit kurzem haben die Revisionen begonnen, um festzustellen, ob die in der Bekanntmachung über Preisbeschränkungen bei Verkäufen von Schuhwaren vom 28. September 1916 und den darauf ergangenen Richtsätzen enthaltenen Bestimmungen ordnungsgemäß innegehalten worden sind. Schon die ersten Revisionen haben ergeben, daß dem Gesetz zuwider verschiedene Maßschuhmacher, die Lager unterhalten, und Schuhhändler unterlassen haben, die Waren mit den in §§ 4 und 5 der Bekanntmachung vorgeschriebenen Auszeichnungen zu versehen. Gemäß § 4 der Bekanntmachung müssen Schuhwaren auf der Ware selbst oder auf einem mit der Ware fest verbundenen, aus dauerhaftem Material hergestellten Begleitschein in einer für den Käufer leicht erkennbaren Weise folgende Angaben enthalten:

1. den Namen oder die Firma und den Ort der gewerblichen Hauptniederlassung dessen, der die Ware hergestellt hat; an Stelle der Angabe des Namens oder der Firma und des Niederlassungsorts kann als Kennzeichen eine Nummer treten;
2. den Kleinverkaufspreis in deutscher Währung;
3. den Monat und das Jahr, in denen die Angaben angebracht worden sind.

Dazu ist zu bemerken, daß Kleinhändler bei den vor dem 25. Oktober 1916 vorhandenen Lagerbeständen nur die zu 2 und 3 erforderten Angaben anzubringen haben.

Diesen gesetzlichen Vorschriften wird nicht genügt, wenn, wie wiederholt festgestellt ist, die Angaben auf Begleitscheinen aus dünnem Papier angebracht sind oder wenn die erforderlichen Bezeichnungen mit gewöhnlichem Bleistift auf den Begleitschein geschrieben werden. Der Kleinverkaufspreis muß außer der Ziffer des Preises auch das Markzeichen (M) als Währungsbezeichnung enthalten.

Bei Filialgeschäften ist eine Nachprüfung der Kleinverkaufspreise wiederholt infolge des Umstandes unmöglich gewesen, daß die Rechnungen der Lieferanten nur an das Stammhaus gehen und die Filialen keine Abschriften der Fakturen des Herstellers besitzen. Die Zentralen müssen von jetzt an ihren Filialen Abschriften der Fakturen ihrer Lieferanten an Hand geben, aus denen sich der Herstellerpreis einwandfrei ergibt.

Die Großhändler haben die Rechnungen so aufzustellen, daß sich der Kleinhändler daraus von der Richtigkeit des Kleinverkaufspreises überzeugen kann; zu diesem Zweck ist der Gestehungspreis des Herstellers beziehungsweise bei Lagerbeständen des Großhändlers der Einkaufspreis des Großhändlers der Rechnung beizufügen, was vielfach versäumt wird.

Bei einigen Maßschuhmachern, die fertige Waren auf Lager halten, war eine Nachprüfung der Preise dadurch unmöglich gemacht, daß es an jeder Preiskalkulation für die Schuhherstellung fehlte.

Es wird dringend ersucht, den gerügten Mißständen umgehend abzuhelfen, insbesondere aber die gesetzlich erforderlichen Auszeichnungen, wo sie noch nicht oder unvollständig vorgenommen sind, schleunigst nachzuholen. Die Revisoren sind verpflichtet, festgestellte Verstöße der Gutachterkommission für Schuhwarenpreise zu melden, die genötigt wäre, der Staatsanwaltschaft Anzeige zu erstatten. Nach § 14 der Bekanntmachung werden Zuwiderhandlungen gegen die Auszeichnungsbestimmungen mit Gefängnisstrafe bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafen bis zu 10 000 Mark geahndet.

Der Tunnel unter den Linden. Der von der Stadt Berlin mitten im Kriege trotz Arbeiter- und Materialmangels fertiggestellte Lindentunnel kostet drei Millionen Mark und wird auf seiner westlichen Hälfte von der städtischen und der Großen Berliner Straßenbahn, auf der östlichen Hälfte nur von Wagen der letzteren benutzt werden. Mit der Eröffnung des Tunnels wird der Verkehr in Berlin zwischen Süden und Norden eine große Veränderung und bedeutende Verbesserung erfahren. Die städtischen Linien finden am nächsten Dienstag keine Hindernisse mehr und können dann unbehindert von Neukölln bis zum Stettiner Bahnhof, Rudolf-Virchow-Krankenhaus—Gesundbrunnen, Nordbahnhof—Viehhof—Görlitzer Bahnhof bezw. Treptow—Stettiner Bahnhof—Rosenthal—Französisch-Buchholz usw. verkehren. Von besonderem Wert werden die geplanten Ringlinien werden, die auch den Westen in direkte Verbindung mit den städtischen Linien bringen. Eine

---

gabten Cellistin (die freilich nur über einen dünnen Ton verfügt) zwei Sonaten spielte. — Der Pianist Otto Rebbert ist ein Sonderling. Er hat viel gelernt, mißbraucht aber sein Können in ärgerlicher Weise. Seine willkürliche Phrasierung in Chopins B-moll-Sonate z. B. wäre dilettantisch zu nennen, wenn man nicht das Raffinement merkte. Hier ist ein vielleicht großes Talent durch Originalitätssucht auf Irrwege geleitet. — Wie erfreulich vollzieht sich dagegen die Entwickelung Jascha Spiwakowskys! Bei ihm wird ein in guter Schule erworbenes reiches Können ganz offenkundig von künstlerischem Ernst und künstlerischer Ehrlichkeit geleitet. Seine Wiedergabe der As-dur-Sonate op. 110 von Beethoven an seinem jüngsten Klavierabend hat mir großen Eindruck gemacht. Wie besonnen war der zweite Satz angefaßt, wie schön die Kantilene der Aria gesungen, wie durchgeistigt war die Fuge! Wenn ein so junger Künstler das vermag, so darf man von seiner Zukunft etwas erwarten.

Ein Wohltätigkeitskonzert, zum Besten einer Weihnachtsspende für bedürftige Kinder und alleinstehende, aus dem Ausland geflüchtete Frauen, hatte am Sonntag mittag den weiten Zirkus Busch bis unter das Dach gefüllt. In der Arena ein Parkett von Feldgrauen; auf der Tribüne die Kapelle des Franz-Grenadier-Bataillons, die sich unter H. Männeckes sachkundiger Direktion ihrer Aufgaben anerkennenswert entledigte; darüber Cornelis Bronsgeest, dessen Stimme in „Wotans Abschied" machtvoll durch die Orchesterwellen in den Raum klang; unten Else Siegal aus Leipzig, Schuberts „Allmacht" singend, und Hertha Stolzenberg, von Georg Széll begleitet, als schalthafte Interpretin der Leo Blechschen Kinderlieder zu effektvoll beleuchteten, von Karl Wallauer gestellten lebenden Gruppen; in den oberen Rängen ein von Max Stange schwungvoll geleiteter Berliner Sängerchor von 1500 Personen — das waren die Bilder, die sich den höchst befriedigten Besuchern darboten. Am Schlusse der gelungenen und gewiß auch ertragreichen Veranstaltung vereinigte sich alles zu dem „Altniederländischen Dankgebet", jener weihevollen Volksszene, die seit Ausbruch des Krieges so schnell bei uns populär geworden ist und nie ihre erhebende Wirkung versagt.

⊙ **Das dritte Weingartner-Konzert** (Brahms-Abend) findet am 11. Dezember in der Philharmonie statt. Solist des Abends ist Franz v. Vecsey. Am Sonntag, den 10. Dezember, ist eine öffentliche Hauptprobe.

○ **Kleine Musiknachrichten.** Wie die „Braunschweigische Landeszeitung" meldet, ist der Hofmusikdirektor Clarus vom herzoglichen Hoftheater in Braunschweig auf der Jagd von einem Herzschlag ereilt worden und sofort gestorben. — „Corriere della Sera" meldet: Francesco Paolo Tosti, italienischer Liederkomponist ist gestorben. — Nach einer Meldung der Wiener „Neuen Freie Presse" ist der Gesangmeister Professor Johann Reß in Wien im Alter von 77 Jahren gestorben.

β **Das Schiller-Theater O.** erneuerte mit einer von Adolf Kurth sorgsam einstudierten Vorstellung des Lustspiels „Seine einzige Frau" von Julius Magnussen die Erinnerung an ein geistvolles, liebenswürdiges Stück, das an einer anderen Berliner Bühne viele Freunde gefunden hatte. Die Herren Senger, Braun und Noack machten ihre Sache recht gut. Von den weiblichen Mitwirkenden war eigentlich nur Gusti Becker als Backfisch so recht am Platze. Rezia Markolf und Gertrud Dettmann wußten mit ihren Rollen nichts Rechtes anzufangen. Die wohlgelungene Figur eines vertrottelten Sportsgrafen, die Karl Elzer mit manchem Zug persönlicher Darstellungskunst versah, soll hier nicht unerwähnt bleiben. Das Publikum nahm das Stück freundlich, aber sehr ruhig auf.

○ **Im Deutschen Opernhaus** trat gestern eine junge Sängerin zum erstenmal als Leonore in Verdis „Troubadour" auf. Fräulein Elisabeth Selar besitzt eine schöne weiche Sopranstimme, die namentlich nach der Höhe zu sehr entwickelungsfähig ist. Koloraturtalent ist vorhanden. Da die junge Dame auch schauspielerisch sich für ein erstes Auftreten ungewöhnlich reif zeigte, ist von ihrer Zukunft Günstiges zu erhoffen. Weitere Leistungen bleiben jedoch abzuwarten, bevor man ein abschließendes Urteil gewinnen kann. Die Debutantin fand vielen Beifall.

Kleine Mitteilungen. Margarete Rühmkorf spricht heute im Kaisersaal (Rheingold) das Herenlied mit der Musik von Max Schillings zum Besten für Liebesgaben des Ersatzinfanterieregiments Zehlendorf. — Ludwig Hardt gibt am 10. Dezember im Choralion-Saal einen Heine-Abend. — Am 11. Dezember liest in der „Klause", Aula der Augusta-Schule, Pallasstraße 27, Richard O. Koppin aus seinem Buch „Singendes Erz" während Gertrud Voigt aus der Sammlung „Aus Tiefen und Tempeln" rezitieren wird. — Der Deutsche Studentendienst, der bisher über eine Million Bücher ins Feld gesandt hat, bittet um Geldspenden, um das Liebeswerk fortsetzen zu können. Die Geldsendungen sind zu richten an die königliche Seehandlung, Markgrafenstraße.

∞ **Eine große Stiftung.** Frau Kommerzienrat Julia Lanz in Mannheim hat, wie uns von unserem Korrespondenten geschrieben wird, zum Gedächtnis ihres verstorbenen Ehemannes behufs Sicherung der Zukunft des Heinrich-Lanz-Krankenhauses und seines ferneren Ausbaues zu einer großzügigen Zentrale ärztlich-wissenschaftlicher Institute den Betrag von 1 350 000 Mark gestiftet. Die Inhaber der Firma Heinrich Lanz, als bisherige Eigentümer des Krankenhauses, erhöhten diese Summe auf zweieinhalb Millionen Mark zu einer Heinrich-Lanz-Krankenhaus-Stiftung. Diese übernimmt den Betrieb des Krankenhauses. Die aus der Gesamtstiftung auflaufenden Zinsüberschüsse werden zum Kapital geschlagen und später für die Stiftung verwendet.

✡ **Wissenschaftliche Nachrichten.** Professor Dr. Karl Poisell von der Universität München ist im Alter von 79 Jahren gestorben. Er gehörte zu den ältesten Dozenten der Münchener Hochschule und genoß als Kliniker für Haut- und syphilitische Krankheiten großes Ansehen.

Die der Universität Stambul angegliederte Zentralanstalt für Witterungskunde ist nun ins Leben getreten, nachdem sie von deutschen Freunden Spenden im Betrag von etwa 100 000 Mark erhalten hat.

Auf Veranlassung des evangelischen Feldoberpfarrers im Osten, Geheimrat Straus, veranstaltet der Zentralausschuß der Inneren Mission theologische Fortbildungskurse für Feldgeistliche, und zwar in Wilna vom 12. bis 15. Dezember, in Warschau vom 15. bis 18. Dezember.

Die Warschauer Universität ernannte Dr. Zweibaum zum Professor der Zoologie.

An die Technische Hochschule in Warschau ist zur Uebernahme der Lehrkanzel für Elektrotechnik Lazimierz Drewnowski berufen worden, bisher Leutnant in der polnischen Legion. Er ist der Sohn eines bekannten polnischen Freiheitskämpfers und hat in der Legion, in die er bei Kriegsausbruch eintrat, den telephonischen Dienst mustergültig organisiert.

k. k. Am 13. Sturm-Kunstabend hörte man gestern in der Sturm-Kunstausstellung verschiedene Stücke von Autoren, die in ihrer ganzen Wesensart grundverschieden voneinander sind; vielleicht war der Abend aus diesem Grund besonders interessant. Zuerst trug Rudolf Blümner, der ja der ständige Interpret der Dichter ist, die an diesen Abenden zu Worte kommen, „Das Tanzlegendchen" von Gottfried Keller vor. Aber hier in dem Hellen und Himmlischen, Heiligen und doch Humorvollen fand sich Blümner nicht immer zurecht. Er wollte die ganze Schönheit dieses epischen Kleinods ausschöpfen und gab ein Zuviel an unterstrichenen Worten, Gesten und Gebärden. Besser gelang ihm die übermütige lustige Münchhausiade von Gottfried August Bürger.

Am vollendetsten jedoch brachte er — es war ein wahres Virtuosenstückchen der Vortragskunst — die Novelle „Lucie" von Hermann Essig. Ein großer Gestalter erzählt hier vom Lieben, Leiden und geistigen Tod einer Frau, die einst die Geliebte eines reichen Mannes gewesen, dann immer tiefer sinkt und schließlich so in Not gerät, daß sie sich alljährlich im Herbst von den Schoten nährt, die auf dem Goldregenbaum am Grab ihres Kindes wachsen. Die Novelle ist grausam und grotesk zugleich und tut weh, aber niemals liegt die Schilderung ins Brutale um. Keine Nuance ging beim Vortrag Blümners verloren, und keine Schattierung war falsch.

Als Blümner geendet, standen die Hörer so stark im Bann der Kunst des Dichters und der Kraft des Rezitators, daß sich keine Hände zum Beifall rührten, und nur ergriffenes Schweigen über dem Raume lag.

dieser Ringlinien verbindet den Lützowplatz und Tiergarten, Moabit und das Rudolf-Virchow-Krankenhaus mit den „Linden" und dem Stettiner Bahnhof.

Gründung einer Reichsgesellschaft zur Wildversorgung der Städte.

Der große Mangel an Wild aller Art, macht sich im dritten Kriegswinter ganz besonders fühlbar. Da alle Bemühungen der Kommunen, Wild für die Bevölkerung der Städte zu erhalten, vollständig versagten, ist, im Einverständnis mit dem Kriegsernährungsamt in Berlin eine Reichsgesellschaft zur Wildversorgung der Städte gegründet worden, die hauptsächlich die Großstädte mit Wild versorgen soll. Die Gesellschaft arbeitet Hand in Hand mit dem Allgemeinen Deutschen Jagdschutzverein. Ihr Leiter ist der erste Vorsitzende des Deutschen Wild- und Geflügelhändlerverbandes, Robert Schmidt. Die Reichsgesellschaft beabsichtigt den Zwischenhandel auszuschalten und das Wild durch den Wildhandel direkt von den Jagdinhabern und Jägern der Bevölkerung zuzuführen. In Berlin sollen die städtischen Verkaufsvermittler indessen weiterhin ihre Tätigkeit ausüben. Die Reichsgesellschaft ist mit einem Kapital von 225 000 Mark gegründet worden, jedes Mitglied hat als Kaution einen Beitrag von 5000 Mark zu erlegen. Der Allgemeine Deutsche Jagdschutzverein hat an seine sämtlichen Mitglieder eine Liste mit den Namen der der Reichsgesellschaft angeschlossenen Wildhändler versandt. Die Händler sind verpflichtet, das Wild in einwandfreiem ausgekühlten Zustand zu liefern und die festgesetzten Wildhöchstpreise einzuhalten.

Anläßlich der Einnahme von Bukarest ist heute Berlin festlich beflaggt. Omnibusse und Straßenbahn hatten Fahnen und Fähnchen auf den Dächern ihrer Wagen in den Farben aller verbündeten Staaten gehißt. In den Schulen wurden Feiern abgehalten, bei denen in Ansprachen auf die Bedeutung des neuen großen Sieges hingewiesen wurde. Der Unterricht fiel aus. Zum großen Leidwesen unserer Jugend fällt der heutige Festtag für viele Berliner Schulen mit einem Ferientag zusammen. Denn da eine große Anzahl von Lehrern sich an dem Zählergeschäft für die Volkszählung beteiligt, hatte ohnedies für viele Schulen der Unterricht ausfallen sollen.

Höchstpreise für sämtliche Lebensmittel. Der Magistrat Neukölln hat an das Kriegsernährungsamt eine Eingabe über Maßnahmen gegen die Teuerung gerichtet. In dem Bericht wird auf die außerordentlich schwierigen Verhältnisse hingewiesen, und es wird verlangt, daß entweder spätestens bis zum beendeten Anbau der Garten- und Feldfrüchte Höchstpreise für sämtliche Lebensmittel festgesetzt oder aber die sämtlichen Nahrungsmittel einheitlich an die Bevölkerung verteilt werden.

Die Verwertung der städtischen Abfälle. Die in verschiedenen Städten bestehenden Vereine und Sammelstellen, die Haushaltungsabfälle der Wiederverwertung zuführen, haben sich zu einem „Verband der Vereine für Freiwillige Kriegshilfe, Abfallsammlung und -verwertung" zusammengeschlossen. Der Verband wird eine Zentralstelle gründen, die beratend und anregend wirken und die in der bisherigen Arbeit gemachten Erfahrungen zu einer großzügigen Organisation der Sammeltätigkeit verwerten will. Die Geschäftsstelle, die sich in Berlin SW. 11, Dessauer Straße 30 befindet, wird kostenlos mit Rat und Tat allen Städten und privaten Ausschüssen zur Verfügung stehen.

Ein Raubüberfall in der Neuen Königstraße. Heute morgen wurde in der Neuen Königstraße 38 ein Raubüberfall verübt. Dort hatte der Musketier Hans With vom Ersatzbataillon zu Insterburg, der sich hier auf Urlaub befindet, vor einigen Tagen dem Uhrmacher Leo Braun eine Uhr zum Ausbessern übergeben. Heute morgen kam er und fragte an, ob sie fertig sei. Der Uhrmacher riet ihm, da die Uhr verbraucht und nicht mehr auszubessern war, eine neue zu kaufen. Während er nun einige Uhren hervorholte, ergriff With einen Hammer, der auf dem Ladentische lag und versetzte ihm einen so wuchtigen Schlag auf den Kopf, daß er zusammenbrach. Auf die Hilferufe der Frau, die sich in einem Hinterraum befand, ergriff der Räuber die Flucht, wurde aber auf dem Alexanderplatz festgenommen. Er hatte einen kleinen Ständer mit 4 bis 5 Brillantringen geraubt.

Die Frage der Bierreinschränkung beschäftigte gestern die Monatsversammlung des Vereins der Gastwirte Groß-Berlins. Es wurde neuerlich über die Zurücksetzung der norddeutschen Brauereien gegenüber den süddeutschen bei Bemessung des Malzkontingents Klage geführt. Bei Berücksichtigung der Brauereilieferungen für das Heer würde für die Gastwirtschaften nur eine Biermenge von 15 bis 17 Prozent des bisherigen Bezuges übrig bleiben. Hierdurch würde die Lage der Wirte einfach unhaltbar werden, zumal auch der Branntweinausschank lahmgelegt worden sei. Es müsse daher immer wieder auf die Gleichstellung der norddeutschen und süddeutschen Brauereien bei Zumessung der Gerste hingearbeitet werden. Ebenso sei auf eine Beschränkung des Flaschenbierhandels durch die Brauereien hinzuwirken.

Höchstpreise für Käse. Die Zentraleinkaufsgesellschaft gibt bekannt, daß der Ladenhöchstpreis für Schweizer Hartkäse und Emmentaler Käse auf 2,50 Mark für das Pfund festgesetzt worden ist. — Die große Frage ist nur: Wo gibt es Käse?

Genosse und Genossin. Böse Erfahrungen hat mit ihrem Geschäftsführer die zum Zwecke des Wohnungsaufbaues in Ostpreußen gegründete „Deutsche Zentralgenossenschaft" gemacht, wie gestern eine Verhandlung vor der 5. Kammer des Berliner Kaufmannsgerichts ergab. Die beiden ehrenamtlich tätigen Vorstandsmitglieder setzten zum Geschäftsführer mit einem Gehalt von 4000 Mark den früheren Möbelhändler L. ein. Der im Prozeß als Klägerin auftretenden Stenotypistin Elfriede L. versuchte er, sehr bald näherzutreten. Gleich in den ersten Tagen ihrer Tätigkeit duzte er sie, und als das junge Mädchen sein Erstaunen darüber zu erkennen gab, erwiderte er: „Das ist bei uns so üblich, wir sind hier alle Genossen." Der Geschäftsführer ging dann in seiner weitherzigen Auffassung des Genossenschaftswesens so weit, daß er ihr Süßigkeiten schenkte und mit ihr ins Kino ging. Später trat dann ein Umschlag ein: die Stenotypistin erhielt die Kündigung, und der Geschäftsführer drohte ihr, er „werde sie die vier Treppen hinunterschmeißen". Die Klägerin, die inzwischen von einer anderen Angestellten gehört hatte, daß auch dieser gegenüber L. gewalttätig aufgetreten war, fürchtete sich schließlich, mit dem Geschäftsführer weiterzuarbeiten. Sie stellte ihre Tätigkeit ein, benachrichtigte aber gleichzeitig von dem Sachverhalt die beiden Vorstandsmitglieder. In der Verhandlung drückte das als Vertreter der Genossenschaft erschienene Vorstandsmitglied seine schärfste Mißbilligung über das Vorgefallene aus. Die Genossenschaft hat auch bereits die Konsequenzen aus den Vorgängen gezogen, indem sie den Geschäftsführer seines Postens enthoben hat. Der Vorsitzende meinte, bei Berücksichtigung der wirtschaftlichen Umstände sei ein junges Mädchen gegenüber den ständigen Annäherungsversuchen eines älteren Vorgesetzten so ziemlich machtlos. Der Vertreter der Genossenschaft trug auch den ganzen Umständen Rechnung, indem er der Klägerin ein gutes Zeugnis erteilte und vergleichsweise 40 Mark zahlte, womit sich diese zufrieden gab.

Letzte Nachrichten

⊙ **Universitäten und Zivildienstpflicht.** Die Befürchtung akademischer Kreise, daß in nächster Zeit die deutschen Universitäten ihren Betrieb einstellen könnten, weil die größte Zahl ihrer Angehörigen zum Zivildienst einberufen werden würde, ist unbegründet. Halbamtlich wurde bereits bekannt gegeben, daß die Universität Tübingen nicht geschlossen werden wird. Ebenso gibt der Rektor der Universität Bonn bekannt, daß nicht die Absicht bestehe, die Universität zu schließen. Der Betrieb soll vielmehr, wenn auch in beschränktem Umfange, aufrechterhalten werden. Freiwillige Meldungen männlicher Studierender auf Grund des neuen Gesetzes sind erwünscht, sollen aber nicht übereilt werden, damit jedem einzelnen die Beschäftigung zugewiesen werden kann, von der der Staat am meisten Nutzen hat. Auch die Universität Frankfurt a. M. wird die Vorlesungen nicht einstellen.

Berichte der feindlichen Heeresleitungen.

Französischer Heeresbericht vom 6. Dezember, nachmittags: Die Nacht verlief ohne Zwischenfall. Es ist nichts zu melden.

Orientarmee: Im Laufe des 5. Dezember erzielten die französisch-serbischen Truppen neue Fortschritte nördlich von Paralovo und machten 125 Gefangene. Heftiger Artilleriekampf in der Gegend nördlich von Monastir.

Serbischer Bericht: Gestern bauten wir unseren Erfolg in der Gegend nördlich von Grunište und Budimirci aus und nahmen neue, stark befestigte Stellungen, in denen wir zwei deutsche Haubitzen erbeuteten. Der Feind wurde gegen Norden zurückgeworfen. Auf dem eroberten Gelände fanden wir eine große Zahl von toten Feinden, unter ihnen die des Kommandeurs des 21. Regiments.

Französischer Heeresbericht vom 6. Dezember, abends 11 Uhr: An der Sommefront in der Gegend von Bouchavesnes ziemlich heftiger beiderseitiger Artilleriekampf. In der Champagne nahm unsere Artillerie eine feindliche Abteilung nordöstlich von Fontaine-en-Dormois unter Feuer und zerstreute sie. Auf dem linken Maasufer griffen die Deutschen nach ausgiebiger Artillerievorbereitung um 3 Uhr 30 Minuten nachmittags einen Vorsprung unserer Linie auf den Osthängen von Punkt 304 an. Durch ein heftiges Feuer unserer Maschinengewehre empfangen, konnte der Feind nur in einigen vorgeschobenen Punkten Fuß fassen.

Keine Friedensvorschläge Amerikas an Deutschland.

Eine Erklärung des Botschafters Gerard.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Kopenhagen, 7. Dezember.

„Nationaltidende" zufolge wurde aus Washington nach London telegraphiert, daß der Botschafter Gerard vor Antritt seiner Rückreise nach Deutschland einem Interviewer erklärt habe, er nehme keinerlei Friedensvorschläge mit. Er glaube, daß derartige Vorschläge im gegebenen Zeitpunkt von englischer Seite kommen müßten.

Ein neuer Angriff deutscher Unterseeboote auf Funchal.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Rotterdam, 7. Dezember.

Nach einer Lissabonner Meldung schoß das Unterseeboot 50 Granaten auf Funchal ab. Eine davon traf ein Schiff und tötete 6 portugiesische Matrosen. Die Küstenbatterien eröffneten ein heftiges Feuer und vertrieben das feindliche Unterseeboot. Ferner wird aus Lissabon ein neuer Angriff auf Funchal durch Unterseeboote gemeldet. Einzelheiten sind nicht bekanntgegeben. Das erste Bombardement war hauptsächlich gegen die Station des englischen Unterseekabels und andere öffentliche Gebäude gerichtet. Nach einer amtlichen Meldung aus Madeira wurden dabei 3 4 Menschen getötet. Die Unterseeboote beschossen die Küste zwei Stunden lang, beschädigten den französischen Dampfer „Kanguroo" und torpedierten den englischen Dampfer „Dacia".

Lärmszenen in der italienischen Kammer.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Lugano, 7. Dezember.

Auch heute blieben die italienischen Blätter an der schweizerischen Grenze aus, mit einziger Ausnahme des Piazza-Organs „Popolo d'Italia", das über die gestrige Kammersitzung einen ganz kurzen und natürlich einseitigen Bericht bringt. Immerhin gibt das Blatt zu, daß die Rede Bosellis von den Sozialisten stürmisch unterbrochen wurde. Selbst die Prophezeiung, daß Italien das Banner des heiligen Markus über den besiegten Feinden schwingen werde, macht bei der äußersten Linken keinen Eindruck. Besonders sarkastische Einwürfe machten die Sozialisten aber, als Boselli von der Eroberung der Adriaküste sowie von den Vorgängen in Griechenland sprach. Hier erhob sich jedoch die Mehrheit mit Rufen: „Es ist an der Zeit, mit Griechenland ein Ende zu machen." Zu erregten Auftritten kam es auch, als bei der Ehrung des hingerichteten trientiner Abgeordneten Battisti die Sozialisten ostentativ sitzen blieben. Die Mehrheit und die Tribünen heulten: „Tod Oesterreich!" „Hinaus mit den Oesterreichern aus der Kammer!" Obschon Boselli „Gruß an das heldenhafte Rumänien" von der Kammer angeblich mit Begeisterung aufgenommen wurde, geht doch aus allem (auch aus der Haltung des Hauses bei dem geschäftsmäßigen Hinweis auf die Kriegserklärung an Deutschland) hervor, daß die Stimmung merklich gedrückt, und daß die an den Tag gelegte Kriegsbegeisterung Pose war.

Verordnung über die Errichtung eines polnischen Staatsrats.

Berlin, 6. Dezember.

Aus Warschau wird uns vom 5. dieses Monats berichtet:

Die Proklamation vom 5. November 1916 hat die Schaffung eines unabhängigen Königreichs Polen gewährleistet. Die Verwirklichung dieses Kaiserwortes vorzubereiten und einen wichtigen Schritt zur Ausgestaltung des polnischen Staatswesens zu machen, unternimmt die heute auf Grund einer Vereinbarung der deutschen und der österreichisch-ungarischen Regierung veröffentlichte Verordnung über die Errichtung eines Staatsrats im Königreich Polen. Die umfangreichen Vorarbeiten, die notwendig sind, um auf den Grundlagen des modernen konstitutionellen Staates und unter Berücksichtigung der tatsächlichen Verhältnisse des Landes ein lebensfähiges Staatsleben zu formen, sollen in Verbindung mit namhaften Vertretern der polnischen Volksgemeinschaft in Angriff genommen werden.

Die Verordnung schafft ein Provisorium. Der aus ernannten Mitgliedern gebildete Staatsrat soll, wie dies die Verordnung ausdrücklich bestimmt, die Wahl einer für die beiden Verwaltungsgebiete des Königreichs gemeinsamen Volksvertretung vorbereiten. Der Staatsrat vertritt die beiden Verwaltungshälften, das deutsche und das österreichisch-ungarische Okkupationsgebiet gemeinschaftlich, verbürgt also Einheitlichkeit der wichtigsten Maßnahmen auf dem Gebiete der Gesetzgebung und Verwaltung. Im folgenden seien die bedeutsamsten Bestimmungen der Verordnung hervorgehoben:

In den Staatsrat werden auf Grund des Befehls des Deutschen Kaisers und des österreichischen Kaisers, Königs von Ungarn, von den beiden Generalgouverneuren zusammen 25 Mitglieder berufen, davon 15 aus dem deutschen und 10 aus dem österreichisch-ungarischen Verwaltungsgebiete. Die Okkupationsregierungen werden im Staatsrate durch Kommissare vertreten sein. Die erste Sitzung wird von den beiden ständigen Regierungskommissaren einberufen werden.

Der Staatsrat wählt mit Stimmenmehrheit aus seiner Mitte einen Vorsitzenden, der den Titel Kronmarschall führt und die ferneren Sitzungen anberaumt.

Der Staatsrat beschließt selbst seine Geschäftsordnung und wählt einen geschäftsführenden Ausschuß. Die Sitzungen dieser Körperschaft sind nichtöffentlich jedoch werden Berichte an die Presse gelangen, um die breiten Schichten des Volkes über die Tätigkeit des Staatsrats auf dem Laufenden zu halten.

Die Aufgaben des Staatsrats sind von größter Wichtigkeit für die Zukunft des polnischen Staates. Vor allem ist der Staatsrat berufen an der Schaffung weiterer staatlicher Einrichtungen im Königreich Polen mitzuwirken und in allen Fragen der Gesetzgebung auf Veranlassung der Verwaltungen Gutachten abzugeben. Namentlich soll der Staatsrat die Errichtung einer polnischen Staatsverwaltung und die für ein selbständiges staatliches Leben erforderlichen Verordnungen vorbereiten.

Neben dieser wichtigen Tätigkeit auf dem Gebiete der staatlichen Organisation Polens steht dem Staatsrat das Recht zu, in Landesangelegenheiten Initiativanträge vorzubringen.

Die Prüfung der Kriegslieferungsverträge.

Bevorstehender Zusammentritt der Kommission.

Die vom Reichstag geforderten und vom Staatssekretär Dr. Helfferich als notwendig anerkannte und in Aussicht gestellte Kommission für die Prüfung der Kriegslieferungsverträge dürfte in nächster Zeit zusammentreten. Wie man hören, hat bereits am letzten Sonnabend im Reichsamt des Innern eine Besprechung der Vertreter aller beteiligten Behörden stattgefunden, in der die Zusammensetzung, die Aufgaben und das Arbeitsprogramm der Kommission beraten worden sind.

Ein Dokument für Rußlands Schuld am Kriege.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" veröffentlicht im Faksimiledruck das folgende Dokument, das einen neuen Beweis dafür bildet, daß Rußland zum Kriege bereit war und ihn vorbereitete, als man in Deutschland noch sich bemühte, ihn zu vermeiden.

In deutscher Uebersetzung lauten die beiden ersten Paragraphen:

Befehl
für die Festung Kowno.
No. 111.

13. Juli 1914. Festung Kowno.

§ 1.

Entsprechend dem Allerhöchsten Befehl, welcher mir durch Telegramm des Kommandeurs der Truppen des Wilnaer Militärbezirks, des Generaladjutanten v. Rennenkampf, unter No. 13 mitgeteilt und am 13. Juli d. J. bei mir eingegangen ist, erkläre ich die Festung Kowno nebst dem gesamten Festungsrayon in den Kriegszustand.

§ 2.

Zum allgemeinen Festungsrayon gehört die Stadt Kowno mit allen ihren Vorstädten.

Unterschrift:
Der stellvertretende Festungskommandant:
Gez.: Generalmajor Saslawskij.

Beglaubigt:
Chef des Festungsstabes:
Gez.: Generalmajor Burkowski.

Des weiteren wurden in Kowno Maueranschläge mit dem Befehl des Kommandanten bezüglich der Erklärung des Kriegszustandes gefunden.

Sie lauten in deutscher Uebersetzung:

Bekanntmachung des Kommandanten der Festung Kowno

an die Zivilbehörden und die Einwohner der Ortschaften des Gouvernements von Kowno, Suwalki und Wilna, die in der Bereich des Rayons der Festung Kowno gehören.

Auf Grund des Allerhöchsten Befehls, der dem Kommandeur des Wilnaer Militärbezirks am 13. Juli d. J. per Telegramm übermittelt worden ist, erkläre ich die Festung Kowno als im Kriegszustande befindlich.

Indem ich mich an das Pflichtgefühl der Zivilbehörden und ihr patriotisches Empfinden und die Einsicht der Einwohner des Festungsrayons und ihres Rayons zu Festungsarbeiten heranziehe, vom Jahre 1869, 3. Auflage 1912, werde, mache ich nachstehend gleichwie von ihnen die zu den Arbeiten notwendigen Gerät, Materialien sowie Verbandstoffe und Nahrungsvorräte zu entnehmen, öffentlich bekannt:

I. Dem Kommandanten steht es frei, nötigenfalls die Einwohner der Festung und ihres Rayons zu Festungsarbeiten heranzuziehen, indem er für die Arbeiten und alles Entnommene die festgesetzten Preise bezahlt oder Quittungen ausstellt. Die Zivilbehörden leisten pflichtet, hierbei unverzüglich und widerspruchslos alle Forderungen des Kommandanten zu erfüllen und der erfolgreichen Ausführung seiner Maßnahmen wollste Mithilfe zu gewähren.

Die Paragraphen 2 bis 4 enthalten allgemeine Anweisungen und Strafandrohungen.

Der Kommandant der Festung Kowno:
Generalmajor Saslawskij.

Die „Norddeutsche Allgemeine" bemerkt dazu:

Also am 13. Juli alten Stils, das ist am 26. Juli unserer Rechnung, mithin fast eine volle Woche vor der russischen Mobilmachung, hat Rußland Kowno, das heißt die wichtigste und stärkste, ausschließlich gegen Deutschland bestimmte Festung in Kriegszustand versetzt.

Allgemeine Wetteraussichten für Deutschland. In Westdeutschland geringe Niederschläge, im Osten größtenteils trocken, ab[illegible] neblig.

Morgen voraussichtliches Wetter in Berlin und Umgegend. Vorwiegend trübe und etwas neblig ohne erhebliche Niederschläge, Temperatur durchschnittlich wenig verändert.

Verantwortliche Redakteure: für Politik: Erich Dombrowski-Lichterfelde; für Lokales, Vermischtes, Gerichtszeitung und Sport: Arno Rendt-Wilmersdorf; für das Feuilleton: Paul Block-Schöneberg; für den Roman: Felix Jolles-Berlin; für die Handelszeitung: Dr. jur. Felix Pinner-Berlin; für den übrigen Teil des Blattes: Albert Pilz-Charlottenburg.
Inserate: Robert Frantz-Berlin.
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Handels-Zeitung des Berliner Tageblatts.

Nummer 627. Berlin, Donnerstag, 7. Dezember 1916 (Abend). 1. Beiblatt.

* Die Kohlenkrise in Frankreich

Von [Nachdruck verboten.]

Dr. K. Löffl, München.

Während sich der französische Senat noch mit der Einkommensteuer abmüht, hat die Kammer das Durafoursche Gesetz betreffs Regelung der Kohlenversorgung Frankreichs in der Sitzung vom 16. vorigen Monats angenommen und ist in die Debatte der einzelnen Paragraphen eingetreten. Durch das Gesetz soll die Verteilung der zur Verfügung stehenden Kohle und zugleich ihr Preis staatlich geregelt werden. Die Verteilung soll in Paris und den einzelnen Departements durch staatliche, dem Ministerium für öffentliche Arbeiten unterstellte Verteilungsstellen geschehen. Dazu soll sofort eine Bedarfsliste der einzelnen Departements aufgestellt werden und entsprechend dieser wird die Zuteilung in Gestalt einer Quote stattfinden. Eingeweihte glauben, dass diese 35 bis 38 pCt. des Bedarfes betragen wird und, falls die Kriegsindustrie voll bedacht wird, auf 22 bis 25 pCt. sinken muss. Schwieriger noch als das Verteilen der Kohle gestaltet sich aber die Festsetzung eines Einheitspreises, da die Spannung zwischen Inlands- und Auslandskohle fast 100 pCt. beträgt.

Frankreich verbrauchte im Frieden vier Arten von Kohle, einheimische, englische, deutsche und belgische. Heute ist es auf die französische und englische angewiesen. Was Frankreich von der einheimischen Friedensproduktion heute noch geblieben ist, sei kurz berechnet. Die Gewinnung betrug im Jahre 1913 40 129 410 Tonnen Steinkohle und 702 793 Tonnen Braunkohle in einem Gesamtwerte von 600 Millionen Mark. Davon lieferte der Norden in den Departements Nord und Pas de Calais fast 70 pCt. der Gesamtproduktion und die Gruben um Valenciennes allein zirka 7 Millionen. Das Departement Nord lieferte aus den Gruben der Gesellschaft Anzin 3 053 604 To., Crespin 49 296 To., Thivencelles 179 087 To., Vocoigne et Noeux 120 330 To., Douchy 356 042 Tonnen; Denain-Anzin 77 341 To., Aniche 1 926 683 To., Flines-les-Roches 126 736 To., Escarpelle 787 818 To. Zusammen 6 646 937 To. Alle diese Minen sind heute in unserem Besitz, sind zum Teil im Betrieb und ihre heutige Produktion wird auf 2 Mill. To. geschätzt. Das Departement Pas de Calais lieferte aus Gruben der Gesellschaften Ostricourt 670 150 To., Carvin 270 500 To., Meurchin 455 146 To., Dourges 1 213 681 To., Drocourt 490 848 To., Courrières 2 792 588 To., Lenset Douvrin 3 403 206 To., Lievin 1 852 644 To., Béthune 1 981 547 To., Noeux 1 607 064 To., Bruay 2 558 305 To., Marles 1 699 453 To., Terfay-Cauchy 197 680 To., Ligny-les-Aire 169 000 To., La Clarence 141 199 To., zusammen 19 493 011 To. Auch diese Werke sind zum Teil in unserer Hand oder kommen, da sie direkt in der Frontlinie liegen, für die Produktion kaum in Betracht. So hat Frankreich nur Kohle aus den 50 Konzessionen der Loire, den 21 Konzessionen von Gard, aus den Bergwerken im Distrikt Saone und Loire und anderen kleinen Produktionsgebieten, etwa 13—15 Millionen nach der Friedensberechnung. Nach privaten Mitteilungen soll Peyer-Imhoff, der Generalsekretär des Komitees für Kohlenproduktion, die gegenwärtige Förderung auf nicht ganz 12 Millionen Tonnen im Jahr angegeben haben, während der Bedarf schon im Frieden 60 Millionen Tonnen betrug und sich heute nach den Ausführungen des Kammerberichterstatters des „Figaro" um 35 pCt., also auf ca. 80 Millionen Tonnen gesteigert hat.

Zurzeit ist Frankreich auf 12 000 000 To. Eigenproduktion und die Einfuhr aus England angewiesen. Wie gross diese ist, falls England sein Versprechen hält, sagt Sembat in der obenerwähnten Kammersitzung mit den Worten: „Nach langen Verhandlungen (zwecks Bezahlung der Kohle in Gold. D. Verf.) hat England sich bereit erklärt, uns für das kommende Kriegsjahr 24 Mill. To. Kohle zu liefern. Das ist aber auch das Minimum, um nur den dringendsten Bedarf zu befriedigen." Somit stehen Frankreich statt 80 Mill. nur 12 + 24 = 36 Mill. zur Verfügung. Für die 24 Mill. To. Kohle soll England 72 Fr. pro Tonne oder 1 688 000 000 Francs in Gold verlangt haben, was Sembat als unmöglich erklärte. Diese Forderung soll ein Kommissionsmitglied zu der Aeusserung veranlasst haben: „Les Anglais ou les Prussiens la même carte." Der Transport der englischen Kohle soll auf den heute schon ausschliesslich dazu bestimmten 50 Dampfern mit einer Tonnage von 800 000 vor sich gehen. Da aber diese wöchentlich infolge der langsamen Entladung kaum die Hälfte ihrer Tonnage ausnutzen können, ist nach Sembat die Regierung im Begriff, weitere 40 Dampfer zu mieten, um so den Laderaum zu verdoppeln. Die heute vorhandenen 50 Dampfer haben in der von Sembat genannten Rekordwoche (29. Oktober bis 4. November) 325 000 To. über den Kanal gebracht. Verbraucht wurden in dieser Woche 118 000 To. mehr. Ueber die Kohlenmengen, die in Frankreich vorhanden sind, sagt der Minister: „Die Staatsbahn hat für ihren Spezialdienst im letzten Trimester 5 600 000 To. Kohle eingeführt und besitzt jetzt noch 800 000 To. davon. Im Friedensjahr 1911 brauchte die Staatsbahn im ganzen Jahre 1 455 000 To. Alles, was zurzeit in Frankreich an Kohle vorrätig ist, sowohl bei den eigenen Zechen als in den Häfen, beträgt 1 500 000 To." Der Deputierte Benoist stellte diese Zahl, die ja ohnehin sehr gering ist (Deutschland verbraucht eine solche Menge heute in drei Tagen), durch einen Zwischenruf in Frage. Der Minister konnte auch für diese lächerlich kleine Menge keine Garantie übernehmen, antwortete dem Deputierten mit Ausflüchten und versicherte, dass „im vorigen Jahre" am 1. Dezember in Paris 300 000 To. Kohle gelagert waren, und dass man Sorge tragen werde, auch in diesem Jahre ein ähnliches Quantum bereitzustellen.

Ausser der verfügbaren Menge spielt der Preis eine grosse Rolle. Im Frieden kostete in Frankreich einheimische Kohle 14,50—15,24 Fr. die Tonne, englische bis 1 Fr. mehr. Mit welchen Preisen Frankreich heute rechnet, schreibt der „Figaro": „Selbst wenn die Zahl unserer Fabriken für den Krieg verhundertfacht würde, müsste man dennoch fortfahren, mit dem Rufe: „Des canons, des canons, toujours des canons", mag man auch dem Kinde gleichen, das am Niagara steht und ruft: „De l'eau, de l'eau toujours de l'eau." Aber die Kanonen, die Munition, und fast alle anderen Kriegsmaterialien beginnen mit der Kohle. Wir brauchen dieses Jahr 30—35 pCt. Kohle mehr als gewöhnlich. Dabei sind die Preise für Kohle wirklich bestürzend. Französische Kohle kostet heute 40 Fr. die Tonne ab Lager, englische 80 Fr. Da ist es nun schwer, Einheitspreise aufzustellen. Das Durafoursche Gesetz verlangt einen Mittelpreis von 60 Fr. Im Konsum kostet der Doppelzentner heute 18 Fr. Durafour will ihn auf 11 Fr. herabdrücken." Von den einzelnen Bestimmungen des Gesetzes bestimmt § 10: Verkäufer oder Käufer, die das Gesetz nicht beachten, werden mit Gefängnis bis zu sechs Monaten und mit Geld von 500—10 000 Fr. bestraft. Die Verurteilung wird im Geschäftslokale des Verurteilten öffentlich ausgehängt. § 9 sagt: Die Regelung der Preise kontrolliert eine gemischte Kommission, ebenso Löhne und Unkosten. Dem Deputierten de Wendel — Grossaktionär von Kohlengruben —, der sich gegen diesen Paragraphen wandte, indem er meinte, er gehöre in eine Arbeitergesetzgebung, nicht in dieses Notstandsgesetz, schrieen die Sozialisten zu: „Sie wollen den Artikel nicht, weil er den grossen Grubengesellschaften unangenehm ist." Bei der Abstimmung wurden die Paragraphen trotzdem mit allen Stimmen der anwesenden Abgeordneten angenommen.

Es wird nun abzuwarten sein, ob das Gesetz tatsächlich in der Lage sein wird, eine Besserung zu schaffen. Bei uns in Deutschland hat sich bisher immer gezeigt, dass ein Druck auf die Preise bzw. die Einführung von Höchstpreisen für eine Ware das verfügbare Material nicht vermehrt, sondern verringert. Solange es der französischen Regierung nicht gelingt, die verfügbare Kohlenmenge zu erhöhen, ist mit einer Beseitigung oder fühlbaren Linderung der Kohlennot in Frankreich nicht zu rechnen.

* An der Börse

war heute das Geschäft wenig belebt. Grösseres Interesse fanden nur Petroleumwerte und Schiffahrtsaktien. Gesucht waren besonders die Aktien der Steaua Romana Akt.-Ges., die Aktien der Deutschen Erdöl-Akt.-Ges. waren späterhin etwas durch Realisationen beinflusst. Am Montanaktienmarkt begegneten die Aktien des Phönix einiger Nachfrage. Nicht ganz preishaltend waren die Aktien des Bochumer Vereins, der Gelsenkirchener Bergwerks-Akt.-Ges., der Deutsch-Luxemburgischen Bergwerks-Akt.-Ges., der Oberschlesischen Eisenbedarfs- und Eisenindustrie-Akt.-Ges. Auch die Aktien des Eisenwerks Thale, der Westfälischen Stahlwerke und Westfälischen Drahtwerke Langendreer unterlagen Kursschwankungen. Dagegen wiesen die Aktien des Stahlwerkes Becker eine Kursbefestigung auf. Kaliwerte, wie die Aktien der Deutschen Kaliwerke, der Ronneberg-Gesellschaft und der Westeregeln-Akt.-Ges. waren angeboten.

Heimische Anleihen waren behauptet, 3proz. Werte wieder begehrt. Von fremden Renten fanden in erster Linie Pfundanleihen, die Buenos Aires 3½proz. Provinzanleihe und Bukarester Stadtanleihen Käufer.

Im Verlaufe blieb die Tendenz uneinheitlich, teilweise schwächer. Wenn auch die Einnahme von Bukarest an der Börse mit grösster Genugtuung aufgenommen wurde, so konnte die Siegesmeldung nicht zu voller Wirkung gelangen, da es die Spekulation u. a. im Hinblick auf die starke Kurssteigerung der Rüstungswerte für ratsam hält, Zurückhaltung zu üben.

Am Geldmarkt war heute tägliches Geld zu etwa 4¼ pCt. zu haben. Der Privatdiskont stellte sich auf 4⅝ pCt. und darunter. — Für fremde Zahlungsmittel wurden folgende amtliche Kurse festgesetzt (in Mark):

Telegraphische Auszahlungen		7. 12. Geld	7. 12. Brief	6. 12. Geld	6. 12. Brief
New-York	Dollar	5,72	5,74	5,67	5,69
Amsterdam, Rotterdam	Gulden	237¾	238¼	236¾	237¼
Kopenhagen	Kronen	163	163½	162	162½
Stockholm	Kronen	170¾	171¼	169¾	170¼
Christiania	Kronen	166¼	166¾	165¼	165¾
Basel, Zürich	Franken	115⅞	116⅛	114⅞	115⅛
Wien, Budapest	Kronen	64,95	65,05	65,45	65,55
Sofia	Leva	79⅑	80½	79½	80½

Rubelnoten waren wieder wenig verändert.

*

* **London,** 6. Dezember. (Privat-Telegramm.) Die Kursgestaltung an der **Fondsbörse** war unregelmässig. Heimische Staatspapiere zeigten schwache Haltung, 4½proz. Kriegsanleihe stellte sich auf 95, alte auf 83⅜. In heimischen Bahnen war das Geschäft träge, das gleiche gilt für argentinische Werte, von denen sich Centralargentines auf 85¾ stellten, während „Leopoldina" 31½ notierten. Für fremde Staatspapiere zeigte sich einige Kauflust, französische Kriegsanleihe bedang 80¼, Brazilian Fundings 74¾, Kupfer- und Gummianteile behaupteten ihren Stand. Südafrikanische Minen und Oelwerte wiesen lustlose Haltung auf. Shells notierten 107 sh. 6 d., königlich niederländische Petroleumaktien 42½. Am **Geldmarkte** war die Tendenz bei unveränderten Sätzen behauptet, auch für **Diskonten** herrschte eine stetige Haltung vor. Zweimonatswechsel bedangen 5⅜, Dreimonatswechsel 5 5/16 pCt. Der **Gummipreis** wurde auf 3 sh. 1 d. festgesetzt.

Handel und Verkehr.

⊙ **Bukarester Stadtanleihen.** Die Einnahme der rumänischen Hauptstadt lenkt die Aufmerksamkeit auch auf die Bukarester Stadtanleihen, die zum Teil in Deutschland untergebracht sind. Als der Hauptgeldgeber Rumäniens war ja vor dem Kriege, wie bekannt, Deutschland anzusehen, und es erscheint daher nicht verwunderlich, dass wir auch einen grossen Teil der Geldbedürfnisse der Stadt Bukarest befriedigt haben. Von Bukarester Stadtanleihen sind in Deutschland die 4½ proz. von 1888, ferner die 4½ proz. von 1896 und die 4½ proz. von 1898 aufgelegt und zur Kursnotierung zugelassen worden. Nicht eingeführt sind dagegen bei uns die 4 prozentigen Bukarester Stadtanleihen von 1903, 1906, 1909 und 1912. Was die Kursentwicklung der Anleihen an der Berliner Börse anlangt, so kann man feststellen, dass sie noch unmittelbar vor der Kriegserklärung Rumäniens verhältnismässig stattliche Kurse erreicht hatten, und zwar stellte sich der Kurs der 4½ proz. Bukarester Stadtanleihe von 1888, deren Amortisation am günstigsten ist, am höchsten. Nach Ausbruch der Feindseligkeiten zwischen Rumänien und den Mittelmächten trat ein Kurssturz ein, der aber allmählich zum Halten kam und von einer Erholung abgelöst wurde. Vielleicht darf man annehmen, dass jetzt nach der Besetzung der reichen Stadt Bukarest, deren Finanzen, soweit man unterrichtet ist, wohlgeordnet sind, weitere Kursbesserungen stattfinden werden, da die Besitzer der Anleihen in einen geregelten Zinsgenuss kommen dürften. Dazu tritt der Umstand, dass sich auch von neutraler Seite her wiederholt Interesse für die Bukarester Stadtanleihen kundgegeben hat.

*

Für die Anleihen der Stadt Bukarest trat an der heutigen Börse grösseres Interesse hervor, so dass die Kurse sich teilweise heben konnten.

* **Unveränderte Preise des Stahlwerksverbandes.** Im Anschluss an die Erörterungen über die Frage der Preiserhöhung für Kohlen waren auch in den Kreisen der Eiseindustrie Forderungen nach neuen Preiserhöhungen erhoben worden. Wie wir schon meldeten, hat die Regierung aber die Möglichkeit einer Preiserhöhung nur bei Erzen und Roheisen für diskutabel erklärt, und kürzlich ist dann auch zunächst der Preis für Rostspat (Lieferung im ersten Halbjahr 1917) vom Siegerländer Eisensteinsyndikat um 7 M. pro To. heraufgesetzt worden, wobei daran zu erinnern ist, dass seinerzeit die Siegerländer Erzpreise die einzigen waren, die sich bei der Nachprüfung der Preise der Eisenindustrie durch die Rohstoffabteilung des Kriegsministeriums eine teilweise Wiederermässigung gefallen lassen mussten. — Auch im Stahlwerksverband sind, wie seinerzeit gemeldet wurde, Stimmen für eine neuerliche Hinaufsetzung namentlich der Halbzeugpreise laut geworden. Wohl dem Veto, das die Regierung hiergegen einlegte, ist es hauptsächlich zuzuschreiben, dass der Verband schliesslich von einer Preisänderung Abstand nahm. In der heutigen Hauptversammlung des Stahlwerksverbandes wurde nämlich beschlossen, die Preise von Halbzeug und Formeisen für das erste Vierteljahr 1917 auf dem bisherigen Stande zu belassen. Die Versammlung genehmigte im übrigen ohne Erörterung die Regularien. Die Marktlage wurde in den Marktberichten des Vorstandes in allen Produkten als ausserordentlich fest bezeichnet.

* **Die Rositzer Braunkohlenwerke Akt.-Ges.** erzielte im Geschäftsjahre 1915/16 aus ihren alten Betrieben einen Ertrag von 551 667 M. (1914/15: 139 153). Trotz dieses besseren Betriebsergebnisses ist die Gesellschaft auch für das abgelaufene Jahr genötigt, einen Verlust von 451 477 M. (675 000) auszuweisen, denn, abgesehen von den Steuern und Zinsen von 274 387 Mark (259 084) und den Abschreibungen von 381 567 M. (355 787) ist an die Herzogin Adelheid G. m. b. H. diesmal wieder ein Zuschuss von 347 190 M. (199 281) zu leisten, und zwar in Höhe von 147 190 M. zur Deckung des Fehlbetrages dieser Gesellschaft, in Höhe von 200 000 M. zur Vornahme von Sonderabschreibungen. Diese erhöhte Zuweisung wird vorgenommen, trotzdem, wie im Geschäftsbericht bemerkt wird, die Betriebsverhältnisse auf dem Adelheid-Werk sich wesentlich gebessert haben. Wie bekannt, hat die Deutsche Erdöl-Akt.-Ges. vor kurzem die Majorität der Aktien des Unternehmens von der Verwaltungsgruppe zu dem angesichts seiner ungünstigen finanziellen Verhältnisse ungewöhnlich hohen Kurse von 185 pCt. erworben, während den unabhängigen Aktionären eine Beteiligung an diesem guten Geschäft versagt blieb. Ueber diese Transaktion und ihren voraussichtlichen Einfluss auf die Adelheid G. m. b. H., deren Kohlen von der Deutschen Erdöl-Akt.-Ges. besonders zur Mineralölherstellung verwendet werden sollen, wird im Geschäftsbericht nichts gesagt. Hinsichtlich der allgemeinen Geschäftsentwicklung wird ausgeführt, dass es im abgelaufenen Jahre gelungen sei, die Werke wieder leistungsfähiger zu gestalten und die Produktionszahlen gegen das Vorjahr erheblich zu erhöhen. Es betrug nämlich die Förderung an Rohkohle auf allen Werken der Gesellschaft 14 433 364 hl gegen 11 644 969 hl im Vorjahr, die Brikettherstellung 319 540 To. gegen 242 959 To. im Vorjahr. Das trotz dieser Besserung der Produktionszahlen ungünstige Ergebnis wird darauf zurückgeführt, dass die Gesellschaft von den zuletzt vorgenommenen Preiserhöhungen nur für die drei letzten Monate des Geschäftsjahres Nutzen ziehen konnte. In der Bilanz erscheinen u. a. Vorräte mit 171 716 M. (112 774) und Debitoren mit 3 285 679 Mark (3 749 433). Davon sind 2 870 189 M. (3 528 141) Guthaben bei der „Herzogin Adelheid". Kreditoren sind von 3 976 858 M. auf 4 638 319 M. gestiegen; insbesondere haben sich die darin enthaltenen Bankschulden von 3 267 592 M. auf 3 616 610 M. erhöht. Zur Tilgung der Bankschulden, zur Stärkung der Betriebsmittel und zum weiteren Ausbau der Werke wird, wie schon gemeldet, in der Generalversammlung ein Antrag, das Aktienkapital um 5 750 000 M. auf 12,5 Mill. M. zu erhöhen, unterbreitet. Ueber die Modalitäten der Kapitalerhöhung wird auch im Geschäftsbericht nichts mitgeteilt. Insbesondere wird nichts darüber gesagt, ob und zu welchem Kurse den Aktionären, unter denen sich die Deutsche Erdöl-Akt.-Ges. mit dem Majoritätsbesitz befindet, ein Bezugsrecht eingeräumt werden soll. Es entspricht der Verschweigungstaktik, die diese Gesellschaft in letzter Zeit ihren unabhängigen Aktionären gegenüber angewendet hat, dass diese offenbar erst in der am 16. Dezember in Altenburg stattfindenden Generalversammlung über die näheren Bedingungen der Kapitalerhöhung aufgeklärt werden sollen.

* **Die Löwenbrauerei Akt.-Ges.** in Berlin schlägt für 1915/16 eine Dividende von wieder 5 pCt. vor. Der Bruttogewinn beträgt 770 010 M. (1914/15: 666 256). Die Abschreibungen werden mit 632 592 M. (548 618) vorgeschlagen und auf neue Rechnung 46 188 M. (46 038) vorgetragen.

∞ **Die Höcherlbräu Akt.-Ges.** in Culm a. W. erzielte im Geschäftsjahr 1915/16 einen Ertrag aus Bier und Nebenprodukten von 819 652 M. (1914/15: 787 853), aus Mieten von 3925 M. (16 375) und aus Zinsen von 24 464 M. (7955). Aus dem Vorjahr stand ein Vortrag von 28 790 M. (17 833) zur Verfügung. Dagegen erforderten die gesamten Unkosten einschliesslich Zinsen, Steuern usw. 511 983 M. (507 996), und für Abschreibungen wurden 91 654 M. (91 371) verwendet. Es verbleibt ein Ueberschuss von 278 192 M. (230 648), aus dem eine Dividende von 8 pCt. (7) zur Ausschüttung gelangt. Der Reservefonds erhält 12 226 M. (10 640). Dem Delkrederekonto wird ein Betrag von 50 000 M. (25 000) zugewiesen, die Tantiemen erfordern 49 464 M. (31 217). Die restlichen 36 508 M. (28 790) werden auf neue Rechnung vorgetragen. Dem Geschäftsbericht der Verwaltung entnehmen wir, dass die Gesellschaft durch rechtzeitigen und günstigen Ankauf von ausländischem Malz trotz der schwierigen Verhältnisse in der Lage war, die Ansprüche ihrer Kundschaft zu befriedigen. In der Bilanz zeigen Immobilien eine Verringerung auf 850 030 M. (858 616), auswärtige Besitzungen eine Erhöhung auf 463 514 M. (449 676). Debitoren einschliesslich eines Bankguthabens erscheinen mit 477 982 M. (i. V. ohne Bankguthaben 264 254 M.). Hypothekendarlehen mit 211 900 M. (332 400), Wechsel mit 172 865 M. (324 680), Effekten mit 266 802 M. (17 255) und Vorräte mit 174 440 M. (248 908). Unter den Passiven erwähnen wir gestundete Brausteuer, die einen Rückgang von 97 730 M. auf 53 622 M. aufweist. Kreditoren haben 160 953 M. (96 140) zu fordern. Ueber die Aussichten im neuen Geschäftsjahr bemerkt die Verwaltung im Geschäftsbericht, dass sie wenig günstig seien.

Akt.-Ges. Schwabenbräu in Düsseldorf. Die Brauerei bringt für das Geschäftsjahr 1915/16, nach einem Auszug aus dem Geschäftsbericht, nach 141 897 M. (1914/15: 200 661). Abschreibungen bei einem Ueberschuss von 573 213 M. gegen 496 740 M. in 1914/15 wie im Vorjahre 8 pCt. Dividende in Vorschlag. Auf neue Rechnung werden 160 093 M. (161 758) vorgetragen. Nach dem Geschäftsbericht werden in der Bilanz Vorräte mit 477 133 M. gegen 382 270 M. bewertet. Das Konto „Kasse, Bankguthaben und Deutsche Reichsanleihe" ist von 179 412 M. auf 685 947 M. angewachsen, während Darlehen gegen Hypotheken und andere Sicherheiten von 2 719 576 M. auf 2 176 111 M. zurückgegangen sind. Debitoren betragen 381 214 M. (218 830) und Kreditoren 614 576 M. (497 897). Gestundete Brausteuer stellt sich auf 122 140 M. gegen 250 927 M. i. V. Die Aussichten für das neue Geschäftsjahr sind nach den Ausführungen des Geschäftsberichtes wenig erfreulich, da die schon heute bestehenden ungünstigen Einflüsse sich mit der längeren Dauer des Krieges nur verschärfen können.

* **Brauerei Germania Akt.-Ges.** in Berlin. Das Unternehmen schliesst das abgelaufene Jahr mit einer Verringerung seiner Unterbilanz von 207 646 M. auf 164 104 M. ab. (Für 1914/15 reduzierte sich der Verlustsaldo von 236 076 M. auf 207 646 M.) Die Abschreibungen betragen 9104 M. (8900), Unkosten 12 768 M. (10 990), Hypothekenzinsen 26 464 M. (29 529). Die Gesellschaft hat ihr Bierkontingent verpachtet.

* **Porzellanfabrik C. M. Hutschenreuther Akt.-Ges.** Die Generalversammlung beschloss die Ausschüttung von 4 pCt. Dividende. Die Aussichten des laufenden Geschäftsjahres sind, wie mitgeteilt wurde, noch ungeklärt. Der Bestand an Aufträgen sei zufriedenstellend.

* **Schrauben- und Mutternfabrik vormals S. Riehm & Söhne Akt.-Ges.** in Berlin und Görlitz. Die Gesellschaft erzielte im Jahre 1915/16 auf Effekten- und Zinsenkonto einen Gewinn von 2482 M. (1914/15 auf Zinsenkonto 5568 M.). Auf Fabrikationskonto wurden vereinnahmt 453 499 M. (347 893). Demgegenüber beliefen sich die Handlungsunkosten auf 117 391 M. (95 988), Gebäudeverwaltungskosten auf 14 618 M. (13 201), die ordentlichen Abschreibungen erfordern 50 888 M. (44 281). Der Ueberschuss einschliesslich Vortrag von 11 015 M. (8090) stellt sich auf 278 984 M. (201 027). Hieraus wird eine Extraabschreibung auf Maschinenkonto in Höhe von 20 000 M. (wie i. V.), eine Rückstellung für Kriegssteuer im Betrage von 35 000 M. (—) und, wie bereits gemeldet, eine Dividende von 15 pCt. (12) vorgeschlagen. Der Vortrag auf neue Rechnung stellt sich auf 11 365 M. (11 015). Im Geschäftsbericht äussert sich die Verwaltung u. a. wie folgt: „Das Jahr 1915/16 brachte uns volle Beschäftigung in allen Teilen unseres Betriebes. Bei unseren Aussenständen sind unsichere Posten abgeschrieben worden. Da wir in allen unseren Betrieben für längere Zeit mit Aufträgen reichlich versorgt sind, werden wir auch für das laufende Jahr befriedigende Ergebnisse erhoffen können, insofern nicht erhöhte Schwierigkeiten in der Fabrikation eintreten sollten. In der Bilanz erscheint das Grundstücks- und Gebäudekonto mit 716 000 M. (723 511), die Maschinen mit 160 000 M. (190 041), Werkzeuge, Utensilien, Modelle, Pferde und Wagen mit 1 M. (1), Effekten mit 149 821 M. (129 272), Aussenstände mit 555 274 M. (442 761), Bestände an Waren und Materialien mit 356 359 M. (244 074). Kreditoren haben zu fordern 165 106 M. (32 975).

* **Deutsche Babcock u. Wilcox Dampfkesselwerke Akt.-Ges.** In der heute abgehaltenen Abschlusssitzung des Aufsichtsrates wurde beschlossen, für 1915/16 die Ausschüttung einer Dividende von wieder 10 pCt. in Vorschlag zu bringen. Die Verwaltung teilte mit, dass sämtliche Werke in vollem Umfange stark beschäftigt sind und daher, falls nicht aussergewöhnliche Umstände auftreten, auch für das laufende Geschäftsjahr mit einer gleichen Dividende auf das erhöhte Aktienkapital von 5 Mill. M. gerechnet werden könne.

Eine Vereinigung der Draht- und Drahtstiftgrosshändler Deutschlands wurde kürzlich in Düsseldorf von Vertretern massgebender Firmen aus allen Teilen des Deutschen Reiches ins Leben gerufen.

* **Kirchner & Co. Akt.-Ges.** Den Abschluss für 1915/16 haben wir bereits wiedergegeben. Im Geschäftsbericht bemerkt die Verwaltung u. a.: „Für die vorhandenen Arbeitskräfte war reichlich Beschäftigung vorhanden. Wir konnten ansehnliche Lieferungen in unsere

Spezialitäten für die deutsche und österreichisch-ungarische Heeresverwaltung zur Ausführung bringen. Auch die für Kriegsbedarf arbeitenden Privatindustrien und die neutralen Staaten gaben uns reichlich Aufträge, so dass, wenn unser Arbeiterbestand normal gewesen wäre, das letzte Jahreserträgnis sich weitaus günstiger gestaltet hätte. Unsere Produktion war nur beschränkt, und es konnte infolgedessen ein grosser Teil Aufträge nicht angenommen werden. Den gesteigerten Arbeitslöhnen und hohen Materialpreisen gemäss konnten wir meist entsprechende Verkaufspreise durchsetzen und auch günstige Zahlungsbedingungen erzielen." — In der Bilanz erscheinen u. a. Bankguthaben mit 1 109 986 M. (803 092), Effekten einschliesslich Kriegsanleihen mit 1 061 594 Mark (503 592). In beiden Posten sind grössere Beträge von österreichischen Valuten enthalten. Debitoren sind mit 3 273 665 M. (3 120 540), Vorräte mit 2 344 418 M. (2 520 253) ausgewiesen, während Kreditoren 671 478 M. (456 437) zu fordern haben.

✱ **Berliner Hypothekenbank Akt.-Ges.** Soweit das bisherige Geschäftsergebnis ersehen lässt, glaubt die Verwaltung die Verteilung einer gleichen Dividende wie im Vorjahre — 4½ pCt. — in Aussicht nehmen zu können.

✱ **Die Rheinische Creditbank** in Mannheim schreibt uns: „Wir teilen Ihnen mit, dass die von uns für das laufende Geschäftsjahr in Vorschlag zu bringende Dividende, soweit sich die Ergebnisse heute schon übersehen lassen, im übrigen unter allem Vorbehalt, voraussichtlich nicht weniger betragen dürfte, als für das vorhergehende Jahr (6 pCt.)."

Prager Eisenindustrie-Ges. Das Erträgnis der mit dem Monat September verflossenen ersten drei Monate des laufenden Geschäftsjahres der Prager Eisenindustrie-Gesellschaft weist, wie von zuständiger Seite mitgeteilt wird, gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres eine Steigerung um nahezu 3 Mill. Kr. auf. Der Absatz an Eisenfabrikaten war in diesem Zeitraum im Vergleich mit dem Vorjahr um 80 000, der Absatz von Phosphatmehl um 10 000 Ztr. höher, dagegen blieb der Absatz an Steinkohlen um 256 000 Ztr. zurück. Die Beschäftigung der Kohlenwerke wird als anhaltend lebhaft bezeichnet. Die Hüttenwerke seien fortdauernd bis an die äusserste Grenze der Leistungsfähigkeit in Anspruch genommen.

✱ **Ueber die neue türkische Nationalbank** wird allmählich genaueres bekannt. Der Titel der Bank wird sein: „Banque Ottomane de Credit National". Das Kapital soll 4 Mill. Pfund betragen, eingeteilt in 400 000 Aktien à 10 Pfund. Von den gezeichneten Beträgen sind vorläufig nur 50 pCt. zu bezahlen. Nur osmanische Untertanen können Aktien zeichnen, Ausländer, die in der Türkei ansässig sind, nicht. Es wird, um es dem Publikum leichter zu machen, sich Aktien zu verschaffen, dazu geschritten, dass in allen Städten und Dörfern des ganzen Reiches Agenturen errichtet werden, die Zeichnungen und Zahlungen in Empfang nehmen. Die türkische Sprache wird in der neuen Bank obligatorisch sein, ebenso werden die Aktien nur in türkisch ausgestellt. Der Zweck der Bank ist, wie aus den Statuten hervorgeht, die Mitarbeit an nationalen Arbeiten, Handelsgeschäften, landwirtschaftlichen und industriellen Unternehmungen. Die Leitung und das gesamte Personal der Bank werden ausschliesslich aus Osmanen bestehen.

✱ **Dänische Landmannsbank.** Die ausserordentliche Generalversammlung der Dänischen Landmannsbank nahm, wie aus Kopenhagen gemeldet wird, den Antrag des Aufsichtsrats, das Aktienkapital von 80 zunächst auf 100 Mill. Kr., später um weitere 20 Mill. Kr. zu erhöhen, einstimmig an.

✱ **Ueber die Ernteaussichten** in Argentinien wird aus Buenos Aires unterm 30. November gemeldet: Die Aussichten für die Weizen- und Haferernten im südlichen Teil von Buenos Aires haben sich gebessert; dagegen lauten die Nachrichten aus den anderen Gebieten andauernd ungünstig. Die Berichte über Mais weisen auf eine erhebliche Besserung der Ernteaussichten hin, doch befürchtet man allgemein Schäden durch Heuschrecken. Die Beschaffenheit der Maisanfuhren ist weiter gut. Das Geschäft am Frachtenmarkt zeigt eine leichte Ausdehnung, was hauptsächlich auf die rege Nachfrage nach Frachtraum für Dezember-Januar zurückzuführen ist. Das geringe Angebot von Frachtraum verursachte ein Anziehen der Frachtsätze. Bei Schluss des Berichtes war die Tendenz fest und die Preise waren die höchsten dieser Woche, wobei die Forderungen sich um 25 Schilling auf 120 bis 125 Schilling erhöhten.

BERLINER HANDELSREGISTER.

Eintragungen vom 4. u. 5. Dezember.

Abt. A. A. Swade & Co., Glogauer Str. 5. Ges. sind Ole Brönstad, Christian Dickert, Paul Hampel, Adolf Nachtwey, Adolf Swade und Oscar Unruh. Beginn 1. 11. 16. Vertretung Hampel und Nachtwey nur gemeinsam. — Franz Loewenstein, Sitz jetzt Charlottenburg, Tauroggener Str. 1a. — W. Nicolai. Die Ges. ist aufgelöst. Inh. ist allein Georg Nicolai. — Normann-Tee-Import R. & C. v. Normann lautet die Firma jetzt. Beginn 16. 9. 15. — Gelöscht sind die Firmen: Carl Thater. — Martha Stollhoff. — Moritz Lewy Generalvertreter ausl. Firmen.

Abt. B. Aron Elektrizitäts-G. m. b. H., Charlottenburg. Stammk. 250 000 M. Geschäftsf. Georg Opitz. Stellvertr. Geschäftsf. Max Seidel. — Schöneicherplan-Grundstücksgesellschaft m. b. H. Stammk. 20 000 M. Geschäftsf. Georg Hering. — Widerstand Akt.-Ges. für Elektro-Wärmetechnik. Willy Schulz ist nicht mehr Vorstandsmitglied. Georg Pfeif ist zum Stellvertreter des behinderten Vorstandes Freiherrn v. Brocksdorff bestellt. — Berndorfer Metallwarenfabrik Arthur Krupp A. G. Niederlage Berlin. Die Prokura des Hüster ist gelöscht. — Act.-Ges. für Montanindustrie. Vorstandsmitglied Adolf Soldin †. — Berlin-Neuroder Kunstanstalten Akt.-Ges. Die Satzung ist geändert.

Fonds-Telegramme.

Amsterdam, 6. Dez. (W. T. B.) Wechsel auf Berlin 39,10 (39,45), Wechsel auf Wien 24,47 1/2 (25,10), Wechsel auf Schweiz 48,25 (47,85), Wechs. a. Kopenhagen 66,17 1/2 (66,10), Wechs. a. Stockholm 70,17 1/2 (70,17 1/2), Wechsel a. New-York 244,75 (244,75), Wechsel a. London 11,67 (11,67), Wechsel a. Paris 42,02 1/2 (42,02 1/2). Amerikaner fest.

✱ **Von der Petersburger Börse** vom 1. Dezember werden uns folgende Kurse telegraphiert:

	1. 12	30. 11.		1. 12.	30. 11.
4proz. Anleihe . .	80	80	Baku-Naphta . .	918	928
5proz. Anleihe . .	88 1/2	89	Nobel-Gesellsch.	1475	1480
Erste Prämienlose	1095	1095	Briansk	758	261
Zweite Prämienl.	848	850	Hartmann . . .	255	255
Kiew-Woronesch.	795	795	Malzew	417	419
Wladikawk. Eisb.	2490	2550	Nikopol-Mariupol	280	281
Azow-Don-Bank .	672	672	Putilow-Werke .	131	133
Russische Bank .	452	453	Russ.-Baltische	—	—
Sibir. Handelsbk.	735	735	Tula-Patronenfb.	775	779
Petersb. Internat.	527	527	Lena-Goldindust.	520	522
Petersb. Disk.-Bk.	617	617			

Valuten: 10 Pfd. Sterl. am 1. 12. 144 (144), 100 Fr. 52,00 (52,00), 100 schweiz. Fr. 57,50 (57,50), 100 schwed. Kr. 85,50 (85,50), 100 dän. Kr. 83,00 (83,00), 100 Lire 46,00 (46,00), 100 holl. Gulden 124,50 (124,50), 1 Dollar 3,2 (3,2).

Amerikanische Kabel-Telegramme.

✱ **Washington,** 6. Dezember. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) In dem vom Schatzsekretär Meadow dem Kongress vorgelegten Bericht heisst es: Der Wohlstand hat an Kraft und Ausdehnung der wirtschaftlichen Verhältnisse zugenommen und ist niemals gesunder gewesen. Amerika ist aus einem Schuldner- ein **Gläubigerstaat** geworden. Der **Goldbestand** ist in 16 Monaten um 715 Mill. Doll. gewachsen. Der Bericht schätzt die Ausgaben für Heer und Flotte gemäss dem sogenannten Bereitschaftsprogramm für das nächste Steuerjahr auf 178 bzw. 197 Mill. Doll.

✱ **New-York,** 6. Dezember. (Spezial-Kabeltelegramm.) Bei Eröffnung des heutigen **Börsenverkehrs** richtete sich das Interesse der Spekulation hauptsächlich auf **Spezialwerte,** die nach den ersten Umsätzen Besserungen von 1 bis 2 Doll. aufweisen konnten. **Steels** setzten mit unveränderten gestrigen Schlusskurs ein, wurden aber auch bald um Bruchteile eines Dollars höher. In der zweiten Börsenstunde, als bekannt wurde, dass die Banken sich weigerten, Industrieaktien als volwertige Sicherheiten anzunehmen, um dadurch die Spekulation einzudämmen, wurde die Tendenz infolge umfangreicher Abgaben **matter.** Besonders **Stahltrustwerte** und die **Aktien verwandter Industrien** hatten hierunter zu leiden, während auf **anderen Marktgebieten** sich **mehr Widerstandsfähigkeit** kund gab. Einige Werte konnten sogar ihre anfänglichen Gewinne noch erhöhen. Sehr feste Haltung wiesen auf **Missouri Pacific Shares,** die schliesslich einen Gewinn von 2⅛ Doll. buchen konnten. Das Geschäft, das bisher ziemlich lebhaft gewesen war, wurde in den Nachmittagsstunden bedeutend **ruhiger.** Bemerkenswert war gegen Ende des Verkehrs der scharfe **Kursrückgang** der **General Motors-Aktien.** Der **Umsatz** bezifferte sich auf **1 080 000 Aktien.** — Die **Guaranty Trust Co.** ist bei dem Staate Banking Department um die Erlaubnis zur Errichtung einer **Filiale** in **Paris** eingekommen. — Ein **Bostoner Bankensyndikat** bietet **5proz. First Mortgage Bonds der Western Pacific Bahn** zum Kurse von **90** an.

New-York, 6. Dezember. (Privat-Kabeltelegramm.)

	6. 12. strm.	5. 12. s fest		6. 12.	5. 12.
Tendenz f. Geld	4	8	Norfolk u. Western .	140 1/2	140[illegible]
Geld a. 24 Stunden	4 1/2	9	Northern Pacific	111	111[illegible]
Geld a. 24 Stund. l. D.	66 1/4	66 1/4	Pennsylvania .	56 3/4	56[illegible]
Wechs. a. Berl. (Sicht)	5,8550	5,85	Reading . . .	110 1/8	110[illegible]
do. Paris (Sicht)	4,7150	4,7150	Chic. R. Isl. Pac. Railw.	39 1/4	38[illegible]
do. Lond. (60 Tg.)	4,7645	4,7635	Southern Pacific	99 1/2	100[illegible]
Cable Transfers	75 5/8	75 1/2	do. Railway .	30 5/8	29[illegible]
Silber Bullion	—	67	do. do. pref.	69 1/2	69
North. Pacific 3% Bds.	—	85	Union Pacific .	146 5/8	147[illegible]
San Franc. 4% Bds.	—	79 3/4	do. pref.	83	83
San Franc. 5% Bds.	—	87 1/2	Wabash pref. . . .	59 5/[illegible]	58[illegible]
South. Pacific 4% Bds.	105 3/4	106	Western Maryland	—	31[illegible]
Atchison Top. u. St. Fé	86 1/4	86 5/8	American Can . . .	62 3/4	62[illegible]
Baltimore u. Ohio .	167	166 1/2	Amer. Car u. Foundry	77 3/4	77[illegible]
Canadian Pacific . .	70 1/8	69 7/8	American Locomotive	—	79[illegible]
Chesapeake u. Ohio	93 5/8	94	Americ. Smelting Ref.	117 1/4	117[illegible]
Chicago, Milwaukee	19 1/2	19 1/2	American Sugar Ref.	—	116[illegible]
Denver u. Rio Grande	37 5/8	37 5/8	Anac. Copper Mining	99	99[illegible]
Erie . . .	52 1/2	52 3/8	Bethlehem Steel . . .	615	610
Erie Ist pref.	117	117 5/8	Central Leather .	108 3/4	109[illegible]
Great Northern pref.	43 1/2	43 1/2	Consolidated Gas	134 7/8	136[illegible]
do. Ore Certif. . .	106 3/4	106 1/2	General Electric .	179 1/4	179[illegible]
Illinois Central . .	17 7/8	18	Internat. Harvester .	—	121[illegible]
Interborough Consol.	82 3/4	83	Intern. Mercant. com.	47 5/8	4[illegible]
Lehigh Valley .	133	133	„ „ pref.	117	11[illegible]
Louisville u. Nashv.	11	9 7/8	National Lead . . .	68 3/4	6[illegible]
Missouri, Kans. u. Tex.	6 B	6 B	Republ. Iron u. Steel	—	7[illegible]
Nat. Railw. Mexiko pr.	37 3/4	35 5/8	Unit. Stat. Steel Corp.	126 3/8	12[illegible]
Missouri Pacific . .	107 3/4	108 1/4	do. do. pref.	121 1/2	12[illegible]
N.-Y. Hudson River	32 3/4	32 3/4	Utah Copper . . .	125 1/2	12[illegible]
N.-Y. Ontario West. .			Virg. Carolina Chem.	—	4[illegible]

Chicago, 6. Dezember. (Privat-Kabeltelegramm.)

	6. 12.	5. 12.		6. 12	5. 12
Weizen stramm			Hafer Dezbr.	54	5[illegible]
do. Dezember	169	166 1/4	Schmalz Dezemb.	16.77 1/2	16.7[illegible]
do. Mai . .	181 1/8	176 1/2	do. Mai . .	16.37 1/2	16.0[illegible]
do. Juli . . .	150 3/4	146 1/8	Schweinefl. Jan.	27,65	27,5[illegible]
Mais stramm			Rippen Jan. .	14,20	14,1[illegible]
do. Dezember .	93 5/8	90 1/4	Speck short rib sid.	*	*
do. Mai	95 1/4	92 7/8	Schweinezut. i. West.	198 000	201[illegible]
do. Juli	95	92 3/4	do. in Chicago .	55 000	42[illegible]

*) 13,75—14,20. **) 13 5/8—14 1/8.

Durch das Hinscheiden des Herrn

Professor Dr. Adolf Strelitz

am 2. Dezember 1916 sind auch wir in aufrichtige Trauer versetzt.

Ein Menschenalter lang hat der Verewigte den Baruch Auerbachschen Erziehungsanstalten als Direktor vorgestanden und in aufopfernder Hingebung dem Ideale nachgestrebt, ihren verwaisten Zöglingen durch väterliche Liebe und Fürsorge das Elternhaus zu ersetzen.

Mit den Waisenkindern werden auch wir ihm dauernd ein dankbares ehrendes Andenken bewahren.

Die Ehrendamen des Baruch Auerbachschen Waisenhauses

Frau Konsul **Flora Fränkel.**
Frau Kommerzienrat **E. Israel.**
Frau Geheimrat **S. Levy.** **Cäcilie Liebermann.**

Am 2. Dezember 1916 entriss uns der Tod unseren lieben früheren Direktor

Herrn Professor Dr. Adolf Strelitz

der uns alle mit ernstem Sinne und echtem Wohlwollen zu tüchtigen Menschen zu erziehen rastlos bemüht war.

Seinen guten Lehren wollen wir folgen und so seinem Namen stetig Ehre machen.

In treuer Anhänglichkeit

Die Knaben und Mädchen der Baruch Auerbachschen Waisen-Erziehungsanstalten.

Geschmackvolle **echte Perser** mehrere Waggons neu eingetroffen **Deutsche Teppiche** Diwandecken Tischdecken Vorlagen **Teppichhaus des Westens G. m. b. H.** Kurfürstendamm 226

Blendend weisse Wäsche
Billige Kriegspreisliste!

Damenwäsche		Hauswäsche		Herrenwäsche	
Hemden	15 Pf. an	Servietten . .	05 Pf. an	Kragen	10 Pf. an
Beinkleider . .	15 „	Kopfkissen . .	10 „	Oberhemden .	40 „
Unterröcke . .	15 „	Bezüge	20 „	Unterbeinkld.	20 „
Untertaillen .	10 „	Laken	15 „	Wollhemden .	20 „
Taschentücher	04 „	Handtücher . .	05 „	Taschentücher	04 „
Schürzen . . .	15 „	Badelaken . .	15 „	Strümpfe . . .	10 „

Ohne Teuerungszuschlag!!!
Wiener Muster-Wäscherei
Wilmersdorf, Badenschestrasse 29. Pilz. 4734. *

Gelegenheitskäufe i. Möbel
1 hell Mahagoni Schlafzimmer mit echten Broncen la Arbeit.
Joseph Karpen, Berlin O. 27, Blumenstrasse 88. Tel. Königstadt 835.

Gelegenheitskauf!!!
Hochinteress. Memoiren u. Sittenromane.
Memoiren der Gräfin Potocka. Memoiren der Herzogin v. Abrantès. Madame Recamier und ihre Freunde. Karoline Murat, Königin von Neapel. Die Bürgerin Tallien. Die Welt und die Halbwelt u. d. l. Kaiserreich. In autorisierter Uebersetzung von Oscar Marschall v. Bieberstein Jeder Band eleg. geb., mit prachtvoll. Titel-Portrait versehen. Preis pro Band 2.00 Mk., alle 6 Bände 10 Mk. (dazu 60 Pf. Paketporto). Preisl. üb. interess. Bücher gratis.
A. Willdorff, Verlagsbuchhandlung, Berlin 954, Joachimstr. 2.

JUWELEN-LOMBARD
Potsdamer Str. 33 I, Ecke Lützowstr.
Lützow 7242
beleiht, kauft, verkauft
• BRILLANTEN •
Uhren, Goldwaren.
Wirkliche Gelegenheitskäufe
9-1, 3-7 Uhr.

Pelzwaren.
Engrosfabrik verkauft auch einzeln zu den allerbilligsten Preisen Pelz-Umhänge, Muffen, Pelz-Mäntel usw. in den neuesten Ausführung, die **Pelzwarenfabrik Berlin W., Leipziger Str. 39.** Reparaturen u. Umänderungen schnell und billig (Kein Laden.) *

Harmoniums
Straube, Friedrichstr. 34 (Begr. 1869.) Grösste Auswahl. Reparaturwerkstatt.

Ausbildung v. Bilanz-Buchhalt.
Steinhirt, Landsbergerstr. 48.

Wegen Auflösung des Geschäfts
Ausverkauf
der Restbestände
feinster Perlen und Juwelen
zu bedeutend herabgesetzten Preisen
Leonhardt & Fiegel in Liqu.
Berlin W. Taubenstrasse 35

Hotel Ruhland
Berlin, Mittelstrasse 60, am Bahnhof Friedrichstr.
Einheitspreis 2.50 M.
für Zimmer mit einem Bett. *

D. R. Gebrauchsmuster verkauft o. Lizenz vergibt auf vollwert. Ersatz f. Vollgummireifen aus klei[n] Lederabfall herstellbar. Königr. Preussen ostelbisch ist vergeben. [Vermittlung]sbüros verbeten. **Alfr. Jentzsch, Jugenheim a. B.**

Die **Kriegssteuergesetze 1916**
enthält. Kriegsgewinnsteuer, Rücklagegel., Besitzsteuer (Zuwachs), Warenumsatzsteuer, Frachturkundentarif, Posttarif. M. 1.20. Nachn. frco. **L. Schwarz & Co., Verlag,** Berlin C. 14, Dresdenerstr. 80 *

Gebr. Bechstein-Flügel,
Piano-Gelegenheitskäufe offeriert *
Pianomagaz. **Pohl,** Potsdamerstr. 108

Leibbinden
in grossen Posten
bietet vorteilhaft an:
J. Pfeffer, Giessen, Marktplatz 6. *

Gelegenheitskäufe in Juwelen
Juwelen-Versicherungs-General-Agentur
Gefasste u. ungefasste Edelsteine und Perlen, sowie Ergänzungen jeder Art.
ABR. SCHWAB · BERLIN S.W 68.
Schützenstr. 54/55. — Taxationen. — Zentrum 2665.*

Rechenmaschinen
und schreibende Additionsmaschinen
versch. Systeme, neu u. gebraucht, infolge günstiger Uebernahme **aussergewöhnlich preiswert abzugeben.** Auch mietweise Abgabe, bei Ankauf Anrechn. d. Miete
„Cosmos" Spezialhaus für Rechenmaschinen Berlin Norden 10268 Rosenthalerst. 40/41. *

Nur allein
Kunstspiel - Pianos und Flügel Virtuola
ermöglichen **gleichzeitig** das Spielen von Musikstücken, wie der Künstler sie aufgespielt hat oder Wiedergabe derselben nach eigener Auffassung, auch ohne jede Notenkenntnis. Unverbindliche Vorführung.
Römhildt-Heilbrunn Söhne A. G., Berlin W. 66,
Leipziger Strasse 119/120, 1. Stock. *

Sonder-Angebot
in Gemälden ersten Ranges

In unserer neu eröffneten Galerie, Unter den Linden 19 (neben Felsing), bringen wir im Dezember zu sehr mässigen Preisen eine aussergewöhnliche Anzahl von erstklassigen Arbeiten und Galeriewerken der besten deutschen Künstler zum Verkauf. Unter anderen seien besonders erwähnt:

Hans Thoma
grosse reichstaff. Schwarzwald-Landschaft Werk allerersten Ranges.

Fr. v. Lenbach: Porträt des Fürsten Bismarck.
Lovis Corinth: a) Grosses Stilleben, b) Männlicher Akt.
Charles Schuch: Geflügelstilleben (Hochformat)
Karl Spitzweg: Mehrere hervorragende Werke
Giovanni Segantini: „Schafschur."
Wilhelm Trübner: a) Starnberger See, b) Scene aus den Hugenotten.
Max Liebermann: Tierstück.
Heinrich von Zügel: a) Grosses Schafbild aus dem Jahre 1893, b) Kühe auf der Weide.
Wilhelm Leibl: Männlicher Kopf.

Ausserdem sind hervorragende Werke von Gustav Schönleber, Albert von Keller, Adolf von Menzel, Joseph Israels, Arthur Kampf, Friedrich Kallmorgen, Franz Skarbina (u. a. Hofball, Grösse o. R. 120 × 180 cm), Hans Bes[...] A. Böcklin, Fritz von Uhde, Hagemeister, Habermann, E. v. Gebhardt, Ludwig Knaus, Wilhelm Schreuer, A. und O. Achenbach usw. ausgestellt, deren Besichtigung wir Kunstinteressenten ganz besonders empfehlen möchten.

Besichtigung täglich von 9-8 Uhr, Sonntags von 12-2 Uhr

Kunstsalon „Rheinland"
Unter den Linden 19 BERLIN W. Unter den Linden 2[7]
PS. Unser zweites Geschäft, Unter den Linden 27 (neben Café Bauer), bringt im Dezember ca. 300 Arbeiten ebenfalls nur guter erster Meister und ist täglich nach wie vor von 9-8 Uhr geöffnet.